:antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 31.5.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

In Solingen haben am Samstag, den 25.5.2013 mehrere Tausend Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus protestiert. Die Demonstration erinnerte an den Brandanschlag vor 20 Jahren, bei dem fünf Menschen starben. Unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus" hatte ein breites Bündnis zu der Demonstration aufgerufen.
Die Demonstration führte auch zu dem Ort des Anschlags, dorthin, wo in der Nacht vom 29. Mai 1993 das Haus der türkischen Familie Genç in Flammen aufging. Heute erinnert ein Mahnmal an die Opfer dieses rechtsradikalen Anschlags. Neonazis hatten im Hausflur das Feuer gelegt. Die Bewohner konnten nicht mehr flüchten. Eine junge Frau sprang in den Tod, vier weitere Frauen und Mädchen verbrannten. 1994 wurden die Täter aus der Neonazi-Szene zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, sind inzwischen aber alle wieder frei.

„Thiazi-Forum" vor Gericht

ROSTOCK. Die langjährigen Betreiber der neonazistischen Internetplattform „Thiazi-Forum" müssen sich bald vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Rostock verantworten. Die Rostocker Staatsanwaltschaft hatte Ende April Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit gemeinschaftlich begangener Volksverhetzung in hunderten Fällen erhoben. Bei den vier Betreibern der inzwischen geschlossenen „Germanischen Weltnetzgemeinschaft" mit mehr als 30 000 Benutzern handelt es sich um eine Frau aus Untereisesheim, sowie drei Männer aus dem Raum Rostock, Sachsen-Anhalt bzw. Karlsruhe.

Die Internetplattform diente als Diskussionsforum und zur Beschaffung von Musik mit einschlägig rechten Texten. *hma* ■

Inhalt:



Foto: Uwe Koopmann

NSU-Ausschuss beendet Beweisaufnahme

Die letzten beiden Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses drehten sich noch einmal um ein zentrales Thema der Ausschussarbeit: die Rolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei der Suche nach dem Trio Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe. Fünf Mitarbeiter des BfV wurden am 13. und 16. Mai als Zeugen gehört, alle hatten in den Jahren 1998 bis 2003 mit der Suche nach dem Trio zu tun und keiner der Zeugen konnte den Ausschuss davon überzeugen, dass das BfV diese Suche mit dem notwendigen Engagement betrieben hat.

Während auf der einen Seite alle Zeugen den Abgeordneten versicherten, wie ernst die Suche nach dem abgetauchten Trio gewesen sei, zeigen die real dokumentierten oder auch nur behaupteten Maßnahmen eine Abarbeitung nach Vorschrift – ohne jede Phantasie. Hintergrund dafür dürfte die generelle Bagatellisierung der Gefahr eines Rechtsterrorismus gewesen sein, wie sie sich als roter Faden durch die VS-Berichte von den 90er Jahren bis in die Gegenwart zieht. Im VS-Bericht aus dem Jahr 1996 heißt es exemplarisch: „Für die Bildung rechtsterroristischer Strukturen bestehen weiterhin nur wenige Anhaltspunkte. Dem gewaltbereiten rechtsextremistischen Potential fehlt es an Führungspersonen, logistischen Voraussetzungen, finanziellen Mitteln und an dem dauerhaften Willen, Gewalttaten zur Durchsetzung politischer Ziele zu begehen. Es gibt zwar ein Potential gewaltbereiter Rechtsextremisten, das nach den Organisationsverboten zum Teil in autonomen Kameradschaften Aufnahme fand. Diese Personen planen ihre gewalttätigen Aktionen aber nicht langfristig und systematisch, sondern begehen sie in der Regel spontan."

1998 tauchte das Trio, nachdem bei ihnen 1,4 Kilogramm TNT und zündfähige Rohrbomben gefunden wurden ab und blieb für die Ermittler und den VS für 13 Jahre angeblich unsichtbar. Die Frage, was die drei Bombenbauer wohl in der Zwischenzeit machen, wurde im BfV nie ernsthaft gestellt. Ganz im Gegenteil: Noch in einem BfV-Spezial aus dem Jahr 2004 geht man – immerhin – auf das Trio ein. Dort heißt es: „Gleichwohl bleibt festzuhalten: Derzeit sind in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen und Strukturen erkennbar. (…) Es fehlen geeignete Führungspersonen, Logistik und finanzielle Mittel. Ungeachtet der Tatsache, dass es den ‚Bombenbastlern von Jena' jahrelang gelungen war, sich ihrer Verhaftung zu entziehen, gibt es keine wirkungsvolle Unterstützerszene, um einen nachhaltigen Kampf aus dem Untergrund heraus führen zu können."

Zu diesem Zeitpunkt hatte der NSU bereits fünf Morde begangen.

Fortsetzung Seite 2

Diese Behauptung, es gebe keine „wirkungsvolle Unterstützerszene“, war eine ungeprüfte Behauptung, wie auch die Zeugen aus dem BfV einräumen mussten. Heute wird im Rahmen der Ermittlungen mit einer Liste von ca. 300 Personen im Umfeld des Trios gearbeitet. Natürlich können hier nicht alle als Unterstützer gelten. Dennoch gab es ein breites, aktives und auch erkennbares Umfeld des Trios. Das BfV hat mehr oder weniger nichts getan, um dieses Umfeld mit seinen Mitteln näher in den Blick zu nehmen.

Das Referat Rechtsterrorismus im BfV

Zur Überraschung des Ausschusses wurde in den Vernehmungen am Montag deutlich, dass die Suche nach dem Trio im BfV dem Referat für Rechtsterrorismus oblag. Immerhin sah es damit so aus, als habe man im BfV die Gefahr der Drei doch realistisch eingeschätzt. Ein Blick auf die genaue Arbeit des Referats und auf seine Bedeutung innerhalb des BfV belehrte die Abgeordneten eines Schlechteren. Mit ganzen sechs MitarbeiterInnen ausgestattet, war das Referat Rechtsterrorismus anscheinend eher eine abseitige Stelle im BfV. Die Referatsleiterin sagte dem Ausschuss dann auch, dass sie bei Tagungen mit Polizei oder Landesämtern ob ihrer Referatsbezeichnung öfter belächelt worden sei. Offenbar folgte man hier den eigenen Einschätzungen, dass es so etwas wie einen ernst zu nehmenden Rechtsterrorismus nicht gäbe.

Dennoch betonten alle Zeugen, dass das Trio für sie eine hohe Priorität und auch Gefährlichkeit gehabt habe. Begründet wurde dies mit der relativ großen Menge an Sprengstoff, der in Jena gefunden wurde und mit der Tatsache, dass es den Dreien gelungen sei, über einen längeren Zeitraum abzutauchen. Gerade letzteres hätte zur Frage nach Helfern und Geldbeschaffung führen müssen, was jedoch im BfV nicht thematisiert wurde.

Zentral war bei allen Zeugen die Frage, welche konkreten Maßnahmen denn vom BfV zur Suche nach dem Trio eingeleitet wurden. Auch hier kam eine bekannte Standardformulierung des BfV zum Einsatz: man habe seine Quellen „sensibilisiert“. Wie das konkret aussah, gibt Aufschluss über die Arbeitsweise des Amtes. Man besorgte sich vier Sätze Fotos von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos, gab diese an seine V-Mann-Führer und bat darum, sie den Quellen zu zeigen. Ob die Referatsleiterin wisse oder nur vermute, dass die V-Mann-Führer ihre Quellen befragt hätten? Sie gehe davon aus, dokumentiert sei es jedoch nicht. Ob die Rückläufe der Meldungen dokumentiert seien? Nein, man habe mündlich erfahren, dass die Quellen die drei nicht kannten. Ob man davon ausgehe, dass die Quellen die Wahrheit sagen? Ja, sicher. Die V-Mann-Führer seien doch „heiß“ darauf gewesen, einen guten Tipp zu geben und auch die Quellen hätten das gewollt. Erst auf mehrfache Nachfrage wurde eingeräumt, dass Quellen auch einmal die Unwahrheit sagen könnten. Zur Erinnerung: Der V-Mann des LKA Berlin, Thomas Starke, war mit Frau Zschäpe 1997 liiert, besorgte dem Trio den Sprengstoff und den ersten Unterschlupf in Chemnitz. Als V-Mann behauptete er in den frühen 2000er Jahren, das Thüringer Trio nicht persönlich zu kennen.

Nach mehrfachen Fragen wurde deutlich, dass nicht alle Quellen im Bereich rechts des BfV zum Trio befragt wurden, sondern nur die mit einem regionalen Bezug. Ein Zeuge wurde gefragt, ob er die seit Mitte der 90er Jahre im BfV geführte Personenakte zu Mundlos damals gelesen habe? Nachdem dies positiv beantwortet wurde, schloss sich die Frage an, ob ihm aufgefallen sei, dass Mundlos Mitte der 90er Jahre persönlichen Kontakt zu einer wichtigen Quelle des BfV mit dem Tarnnamen „Corelli“ gehabt habe? Die Antwort: Schweigen. Ob die V-Person „Corelli“ nach 1998 zum Trio befragt worden sei? Nein.

Die Suche nach dem Trio wurde zentral in Thüringen geführt und von dort auch geleitet. Zahlreiche wichtige Erkenntnisse zum Trio gingen nicht ans BfV. Dennoch wurde deutlich, dass das BfV weitaus mehr hätte veranlassen können, als es tatsächlich getan hat. Dass dies nicht gemacht wurde, hat – nach dem Eindruck den die Zeugen hinterlassen haben – weniger mit bewusster Verschleierung als mit einer Arbeitsweise und einer Analysefähigkeit des BfV zu tun, die dieses Amt als entbehrlich erscheinen lässt. Nimmt man die im Laufe der Ausschussarbeit bekanntgewordenen V-Leute-Skandale hinzu, dann zeigt sich, dass die rechte Szene nicht nur falsch eingeschätzt, sondern auch mit staatlichen Mitteln unterstützt wurde. Hier muss ein deutlicher Schnitt gemacht werden.

Expertenanhörung

Der Ausschuss hat mit Barbara John, Britta Schellenberg, Bernd Wagner, Günter Schicht und Jürgen Funk fünf Experten zu Fragen des Opferschutzes, der zivilgesellschaftlichen Prävention zur extremen Rechten und zur Polizeiarbeit gehört, die wichtige Anregungen für die Empfehlungen im Abschlussbericht gegeben haben. Die Vorschläge gingen hier von der Einrichtung einer Stiftung als zentraler Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt und zur Rechtsextremismusprävention, der Stärkung und Verstetigung der vorhandenen Projekte der Prävention, der verbesserten Analyse der extremen Rechten jenseits des eingeschränkten Blicks des Verfassungsschutzes bis zu Vorschlägen für eine unabhängige Polizeibeobachtungsstelle und veränderten Ausbildungsinhalten bezogen auf Vielfalt und Vorurteilsstrukturen innerhalb der Polizei.

Viele der hier formulierten Anregungen werden sicherlich Eingang in den Abschlussbericht des Ausschusses finden, der gegenwärtig und bis zur Sommerpause erstellt wird. Am 3. September werden der Bericht und die Empfehlungen des Ausschusses im Bundestag debattiert und dann veröffentlicht. Auch sämtliche Protokolle des NSU-Ausschusses werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Gerd Wiegel

17.5.2013 – Fraktion DIE LINKE ■

Friedrich will zementieren statt diskutieren

BERLIN. „Der Innenminister will die fällige Diskussion um den Verfassungsschutz abwürgen und im Hauruckverfahren seine Vorstellungen durchsetzen, um beim Inlandsgeheimdienst zu retten, was nicht zu retten ist“, so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, nachdem Hans-Peter Friedrich im Deutschlandradio einen Gesetzentwurf zum Verfassungsschutz angekündigt hat. „Der Innenminister zementiert eine untaugliche Struktur.“ Jelpke weiter: „Friedrich begeht einen doppelten Affront gegen Parlament und Öffentlichkeit: Zum einen will er noch vor dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses Tatsachen schaffen. Zum anderen will er einen Monat vor dem Ende der Legislaturperiode noch einen Gesetzentwurf durchs Parlament peitschen. Damit wird der Minister dem Ernst der Sache nicht gerecht. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern hat durch Versagen, Vertuschen und indirekte Unterstützung der Naziszene eine solche Mitschuld an der Mordserie des NSU auf sich geladen, dass seine Existenz in Frage gestellt werden muss. Inhaltlich überzeugend ist der Vorstoß ohnehin nicht. Warum sollten die Ämter, die bisher schon interne Richtlinien zur Übermittlung und Weiterleitung von Erkenntnissen missachtet haben, sich in Zukunft daran halten, nur weil diese Richtlinien in Gesetzesform gegossen werden?

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE gibt es für die Beibehaltung und erst recht für die Stärkung des Inlandsgeheimdienstes keine Legitimation.

Das Amt, das maßgeblich zum Aufbau der rechtsextremen Netzwerke beigetragen und vor dem Zugriff der Polizei geschützt hat, muss abgeschafft und durch eine transparent arbeitende, unabhängige Beobachtungsstelle ersetzt werden.“

Ulla Jelpke, MdB ■

54. GfP-Kongress

Wahlsburg. Die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) will vom 14. bis 16. Juni ihren 54. Kongress „im Herzen Deutschlands“ durchführen. Unter dem Motto „Von Versailles nach Brüssel – Deutschland zahlt immer!“ werden als Referenten u.a. der österreichische BZÖ-Europaparlamentarier Ewald Stadler, der Chefredakteur der extrem rechten Monatszeitschrift „ZUERST!“, Manuel Ochsenreiter, der Publizist und „Junge Freiheit“-Autor Dr. Baal Müller, der „Deutschlandbewegung“-Gründer Dr. Alfred Mechtersheimer und der einschlägig rechte österreichische Publizist Richard Melisch angekündigt.

Als Kontaktadresse für die Tagung, die u.a. in der „Nationalzeitung“ beworben wird, fungiert Margret Nickel von der „Klosterhaus-Buchhandlung“ in Lippoldsberg. *hma* ■

Vor die Tür gesetzt

Bad Pyrmont. Das um die „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) darf künftig keine Tagungen mehr im „Ostheim“ der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LMO) in Bad Pyrmont durchführen. Laut einer Pressemitteilung der LMO arbeite das IfS „mit höherrangigen NPD-Funktionären“ zusammen und bilde diese sogar aus. Zudem ordne sich das IfS selbst der sog. „Neuen Rechten“ zu, „die die Beseitigung oder zumindest die Beeinträchtigung des demokratischen Verfassungsstaates anstrebt und versucht, zunächst einen bestimmenden kulturellen Einfluss zu erlangen, um letztendlich den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren und das politische System grundlegend zu verändern“, so die LMO.

Für IfS-Geschäftsführer Erik Lehnert zeigt die ganze Angelegenheit wieder einmal, „wie wenig man sich auf das selbsternannte Bürgertum und vermeintlich konservative Einrichtungen verlassen kann, wenn im „Kampf gegen Rechts“ nach der antifaschistischen Einheitsfront gerufen wird“. *hma* ■

Ghettorenten-Petition online

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die Bitte vorgelegt, ehemaligen Ghettoarbeitern, deren Anträge nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) vor dem 30. Juni 2003 gestellt wurden und erst aufgrund einer Überprüfung nach 2009 bewilligt wurden, durch eine Änderung des ZRBG eine rückwirkende Auszahlung der Rente ab dem 1. Juli 1997 zu ermöglichen. Die Petition mit der ID 41091 kann unter folgender URL aufgerufen werden:

https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2013/_03/_28/Petition_41091.html

Es handelt sich hier um eine online-petition, die jeder mitzeichnen kann – erhält die Petition mehr als 50.000 Unterstützer und Unterstützerinnen, können wir unser Anliegen im Petitionsausschuss noch einmal persönlich begründen.

Wir würden uns wünschen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein Zeichen dafür setzen, dass ihnen die gerechte Behandlung der Überlebenden des Nazi-Terrors ein Anliegen ist – es kann nicht sein, dass die Bundesregierung nur dann tätig wird, wenn sie Druck aus Israel verspürt!

Dr. Jost Rebentisch
Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.,
www.nsberatung.de ■



Den Naziaufmarsch in Wolfsburg verhindern!

Unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft“ wollen Nazis am 1. Juni 2013 in Wolfsburg aufmarschieren und ihr rassistisches und nationalistisches Gedankengut auf die Straße tragen. Unter demselben Motto fanden bereits Aufmärsche in Pinneberg, Hildesheim, Braunschweig/Peine und Hamburg statt. Mittlerweile hat sich der „Tag der deutschen Zukunft“ zu einem der wichtigsten jährlichen Ereignisse für Nazis in Norddeutschland entwickelt. Aber auch der Widerstand steigert sich jedes Jahr.

Nachdem im letzten Jahr der Aufmarsch in Hamburg stattfand, wollen wir nicht zulassen, dass sie in Wolfsburg erneut ihre menschenverachtende Propaganda auf die Straße tragen. Deshalb wird es eine gemeinsame Busanreise aus Hamburg geben. Derzeit planen die Nazis durch Wolfsburg zu marschieren. Jedoch besteht die Möglichkeit, dass aufgrund zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gegenaktivitäten der Aufmarsch in eine andere Stadt verlegt wird. Gemeinsam mit vielen Antifaschist_innen aus Norddeutschland werden wir den „Tag der deutschen Zukunft“ verhindern.

Ob in Wolfsburg oder anderswo, keinen Fußbreit den Nazis am 1. Juni! Gemeinsam den Naziaufmarsch verhindern! Keine Zukunft für Nazis!

Quelle: http://www.antifainfo.de ■

„Gladio“-Untergrund endlich aufarbeiten!

Berlin. „Der Sumpf des „Gladio“-Untergrunds ist tiefer, als es die Bundesregierung glauben machen will“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Regierungsantwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion. Anlass für die Anfrage ist der Luxemburger „Bombenlegerprozess“, bei dem Polizisten beschuldigt werden, Bombenanschläge durchgeführt zu haben. In diesem Zusammenhang hatte der Sohn eines ehemaligen Bundeswehr-Berufssoldaten angegeben, sein Vater habe im Auftrag des BND unter anderem den Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 mit vorbereitet. Jelpke weiter: „In Sachen Gladio gibt es jetzt einen juristischen Vorgang: Die Generalbundesanwaltschaft hat nach Angaben der Bundesregierung bereits Ende März einen sogenannten Prüfvorgang eingeleitet, um den Angaben über die Verantwortung des BND am Münchner Oktoberfestanschlag nachzugehen.

Es liegt mit Sicherheit noch so manche Leiche im Keller des BND. Dessen Aktenbestände, heißt es, sind „noch nicht vollständig erschlossen“, es könnten daher „in Zukunft weitere einschlägige Unterlagen gefunden werden.“

Dass viele Fragen noch offen sind, liegt auf der Hand. So gibt die Bundesregierung immerhin zu, dass die geheimen Depots, in denen die Nato-Geheimdienste auch Waffen gelagert hatten, nicht, wie es früher einmal hieß, schon bis 1972 aufgelöst worden waren: Es seien „noch Ende der 1990er Jahre entsprechende Depots der Alliierten gefunden“ worden, heißt es jetzt. Die Regierung „geht nunmehr davon aus“, dass alle diese Lager mittlerweile aufgelöst seien.

Seit 1990 will die Regierung praktisch keine neuen Erkenntnisse über die Tätigkeit des geheimem Nato-Netzwerkes im Kalten Krieg gewonnen haben. Das ist auch kein Wunder: Immerhin räumt sie selbst ein, dass sie bisher „auch keine Notwendigkeit (sah), sich mit diesem Problemkomplex weiter zu befassen.“

Die Bundesregierung schiebt die Verantwortung ab: „Die historische Erforschung und Bewertung bleibt der Wissen-

schaft vorbehalten.“ Dabei geht es um nicht weniger als den Verdacht auf eine staatsterroristische Vereinigung, die mehrfachen Mord begangen hat. DIE LINKE besteht darauf, dass die Bundesregierung sich selbst dieser Aufarbeitung annimmt.“

Die Antwort auf die Kleine Anfrage im Netz: http://www.ulla-jelpke.de/uploads/17_13214_Gladio_vorab.pdf

Ulla Jelpke, MdB ■

Nichts gesehen und gehört

Berlin. „Das BKA hat nichts gesehen, die hessischen Behörden haben nichts gesagt – und die Nazis lachen sich ins Fäustchen“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Rechtsextreme Betätigung im Strafvollzug (Nachfrage zur Antwort auf Bundestags-Drs. 17/12797) Drs. 17/13297“. Die Abgeordnete weiter:

„BKA-Beamte müssen offenbar besonders zum Erkennen von Rechtsextremismus sensibilisiert werden. So hat das BKA nach Angaben der Bundesregierung zwar zwei Anzeigen zur Unterstützung des rechtsextremen Gefangenennetzwerks AD Jail Crew (14er) in der Zeitschrift Biker News gelesen. Doch trotz eindeutiger neofaschistischer Codes – Gründungsdatum der AD Jail Crew war Hitlers-Geburtstag am 20. April – erkannten die zur Beobachtung von Rockerkriminalität eingesetzten Beamten keinen rechtsextremen Zusammenhang. Da den Beamten auch kein Bezug zu bekannten Rockerbanden ersichtlich war, „erfolgten zunächst keine weiteren Aktivitäten“.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat bereits im März 2013 zwei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der AD Jail Crew wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung und Verdachts der Bildung einer Nachfolgeorganisation der verbotenen Hilfsorganisation für Nationale Gefangene (HNG) eingeleitet.

Die Bundesregierung will von der Existenz des rechtsextremen Gefängnisnetzwerkes erst am 9. April durch hessische Sicherheitsbehörden informiert worden sein – parallel zu an diesem Tag bereits erschienenen Medienberichten. Trifft dies zu, dann stellt sich ernsthaft die Frage nach Sinn und Effizienz des von Bundes- und Landesbehörden gebildeten Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus (GAR).

Doch ob die hessischen Behörden trotz der seit Wochen laufenden Ermittlungen gegen das bundesweit agierende Netzwerk dem GAR keine Meldung gemacht haben, will die Bundesregierung „aus Geheimhaltungsgründen“ nicht öffentlich beantworten.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Vergangenheitsbewältigung in Spanien

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat den spanischen Staat aufgefordert, das Amnestie-Gesetz von 1977 abzuschaffen, das den faschistischen Tätern Straffreiheit zugesteht.

Das sagte eine Sprecherin der UN-Organisation am vergangenen Freitag. Die Amnestie verstoße gegen internationale Vereinbarungen zu den Menschenrechten. „Spanien ist durch internationales Recht verpflichtet, schwere Menschenrechts-Verletzungen, auch die während der Franco-Diktatur begangenen, zu untersuchen, vor Gericht zu stellen und die Verantwortlichen zu verurteilen, wenn sie noch leben“. Außerdem habe der Staat eine Verpflichtung gegenüber den Opfern, die ein Recht auf Wiedergutmachung haben. Aufgrund einer Empfehlung der UN-MR-Kommission von 2009 müsse Spanien das Amnestie-Gesetz abschaffen. Die Richtlinie hatten 19 internationale Expert/innen ausgearbeitet, aufgrund der internationalen Vereinbarung über bürgerliche und politische Rechte, die 1985 von Spanien ratifiziert wurde.

Die argentinische Richterin Servini, die das Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Franquismus führt, animiert die Kläger/innen und Zeug/innen, nach Argentinien zu reisen und dort auszusagen, nachdem entsprechende Vernehmungen in Madrid von der spanischen Regierung verhindert wurden. „Die Gerechtigkeit wird kommen, früher oder später“. Servini ist optimistisch, dass es in einem Jahr zu Anklagen kommen kann gegen die neun noch lebenden Verantwortlichen der Verbrechen (2 Ex-Minister, 2 Richter und 4 Polizisten).

http://baskinfo.blogspot.com.es/2013/05/vergangenheitsbewaltigung.html ■

Broschüre zu Solingen

Der Brandanschlag der Nazis in Solingen 1993

Eine Dokumentation

I. Gürsün İnce, Hülya Genç, Saime Genç, Hatice Genç und Gülistan Öztürk von Nazis ermordet

II. Der deutsche Staat und die Nazis Hand in Hand

III. Protestaktionen gegen den Nazi-Anschlag von Solingen

IV. Medienhetze und Polizeirepression gegen den antifaschistischen Widerstand



Anlässlich des 20. Jahrestages des mörderischen Brandanschlages der Nazis in Solingen ist bei der Gruppe Gewantifa eine 20-seitige Broschüre zum Thema als Download abrufbar. Sie ist aber auch in Papierform erhältlich.
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion:
http://gewantifa.blogsport.eu
http://archiv.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa.html

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Die NPD selbst tritt nur in Pinneberg und Neumünster an, in beiden Städten allerdings flächendeckend, sowie im kleinen Ort Uetersen, wo der NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz wohnt und aus dem immerhin 12 weitere Kandidaten für den Kreis Pinneberg stammen.

Neumünster sticht einmal mehr als brauner Fleck hervor. Alle 22 Wahlkreise konnten besetzt werden. Hier tut sich in letzter Zeit vor allem Mark Proch hervor, der mit seiner Kampagne „gegen Kinderschänder“ versucht, eine Brücke zwischen Neonazis und Bürgern der so genannten „Mitte“ zu schlagen.

Anders als die WaKB ist die im Herzogtum Lauenburg antretende „Rechtsstaatliche Liga“ (RL) keine Tarnliste der NPD, sondern Teil eines Abspaltungsprozesses. Hauptverantwortlicher ist der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende Kay Oelke, der zunächst mit einem inhaltlichen Schlingerkurs beiden Parteien gerecht werden wollte, sich aufgrund des Druckes der RL nun aber gegen die NPD-Mitgliedschaft entschied.

Landesergebnis
(Stimmen zur Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und Kreiswahl in den Kreisen)

	2013		2008		Veränderung zur Vorwahl in %-Punkten
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2 360 518	x	2 323 920	x	x
Wählerinnen/Wähler	1 098 778	46,7	1 147 235	49,4	- 2.7
Ungültige Stimmen	21 082	1,9	26 869	2,3	- 0,4
Gültige Stimmen	1 077 696	98,1	1 120 366	97,7	0,4
davon entfallen auf					
CDU	419 040	38,9	432 705	38,6	0,3
SPD	321 125	29,8	297 491	26,6	3,2
GRÜNE	147 984	13,7	115 286	10,3	3,4
FDP	54 203	5,0	100 623	9,0	- 4,0
PIRATEN	17 230	1,6	–	–	1,6
SSW	30 725	2,9	33 799	3,0	- 0,1
DIE LINKE	26 865	2,5	76 835	6,9	- 4,4
NPD	1 513	0,1	4 717	0,4	- 0,3
Die PARTEI	831	0,1	–	–	0,1
FREIE WÄHLER	5 265	0,5	–	–	0,5
VERBRAUCHERSCHUTZPARTEI	63	0,0	62	0,0	0,0
WSDV	146	0,0	–	–	0,0
Wählergruppen	52 093	4,8	58 918	5,1	- 0,3
Einzelbewerber/-innen	613	0,1	1 296	0,1	0,0
Andere	–	–	634	0,1	–

Abtrennung Keupstraße – zur Zeit nicht. Was wird aus den Opferrechten?

Am dritten Verhandlungstag im NSU-Prozess warf Richter Götzl plötzlich die Frage nach der Abtrennung des Komplexes Keupstraße auf. Er griff damit sowohl den Verlegungsantrag der Verteidigung in einen anderen Saal auf (u.a. wegen der vielen Nebenkläger), wie aber auch die Profilierungsversuche eines Nebenklageanwaltes, der nicht nur angeblich weitere 75 Opfer ermittelt hatte, sondern offenbar auch meinte, seinen Antrag gleich an die Presse weitergeben zu müssen.

Die weiteren Konsequenzen des Antrages hatte er wohl nicht bedacht. Aber es ist immer noch so: Das wichtigste Arbeitsmittel des Anwaltes bleibt sein Kopf und nicht der Rechner. Der Algorithmus des menschlichen Gehirns zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht nur mechanisch denkt, sondern auch weitergehende Konsequenzen des eigenen Handels berücksichtigen kann.

Leider stellten nur wenige Presseorgane hinreichend klar, dass die Abtrennung des Komplexes Keupstraße einer Einstellung gleichkommt, nicht etwa nur die Verschiebung in ein weiteres Verfahren. Dazu gab es Presseerklärungen der Kollegen Scharmer und Hoffmann.

Am vierten Verhandlungstag teilte das Gericht dann mit, dass (zumindest) „zur Zeit" eine Abtrennung nicht beabsichtigt sei. Auch wenn dies Erleichterung auslöste, haben wir es für erforderlich gehalten, mit weiteren Kollegen für Freitag eine Pressekonferenz in Köln einzuberufen, die rege besucht war. Aus der Vielzahl der Berichte sei der Kölner Stadtanzeiger, k-report köln und die WDR Lokalzeit genannt.

Was wird aus den Opferrechten?

Nun ist im Verfahren aber klar geworden, dass in der Tat das jetzige Recht zur Sprengung eines Verfahrens führen kann. Legt man z. B. die beabsichtigten, aber gescheiterten Anschläge auf Bahnhöfe zu Grunde, oder stellt sich einen Bombenanschlag in einem Fußballstadion vor, so könnten schnell hunderte wenn nicht tausende als Nebenkläger in Betracht kommen. Der einzige Fall, in dem dies hätte bereits praktisch werden können, waren die Verhandlungen beim OLG Hamburg zu den Gehilfen auf die Anschläge vom 11.9.2001. Damals hätten schon die Angehörigen von 3300 Opfern sich dem Verfahren als Nebenkläger anschließen können. Allerdings traten nur wenige Nebenkläger auf, einer gleich in Vertretung von insgesamt 1200 Personen.

Dies zeigt auch schon etwas die mögliche Entwicklung. Es wäre sicherlich völlig verkehrt, den erreichten Stand des Opferschutzes generell zurückzuschrauben. Hinweisgebend könnte dagegen sein, ähnliche Regelungen wie die zivilrechtlichen Vorschriften über Musterklagen auch für die Nebenklage zu entwickeln, wenn also hinsichtlich eines Tatvorwurfes eine Vielzahl von Personen nebenklageberechtigt sind. Es wäre dann denkbar, dass das Gericht nur eine begrenzte Anzahl von Nebenklägern zulässt, die dann in dem Verfahren aber ergehenden Entscheidungen durchaus auch verbindlich für andere Nebenkläger sind. Sicherlich würde das Gericht unter solchen Umständen regelmäßig Angehörige von Getöteten bzw. die Verletzten selbst zulassen, nicht aber unverletzte Personen, die theoretisch durch den Bombenanschlag auch Opfer hätten werden können. Möglicherweise beschränkt das Gericht dann auch die Zahl der beigeordneten Anwälte und die Nebenkläger selbst haben nicht notwendig ein Anwesenheitsrecht in der Hauptverhandlung.

Für den Rest des NSU-Verfahrens wird man aber auf die Einsicht der Beteiligten setzen müssen.

Eberhard Reinecke
www.blog-rechtsanwael.de ■

Am 13.4. fand in Köln die jährliche Tagung der Antifaschistischen Nachrichten statt. Wir dokumentieren den Beitrag von Petra Pau, MdB DIE LINKE, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss und Bundestagsvizepräsidentin.

Kanzlerin Merkel versprach Aufklärung – die Praxis sieht anders aus



Petra Pau auf der diesjährigen Tagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln

1. bekannte Fakten:

Am 4. November 2011 wurde publik, dass ein Nazi-Trio zehn Menschen umgebracht hat. Hinzu kommen Sprengstoffattentate und Banküberfälle. Die Opfer waren vor allem Migranten in Deutschland.

Die drei Täter, zwei Männer und eine Frau, waren 1998 untergetaucht, damals im Alter zwischen 21 und 24 Jahren. Sie agierten 13 Jahre lang unerkannt und unbehelligt. Jedenfalls ist das die offizielle Version.

Man muss allerdings viele ungeklärte Fragen wegwischen, um ihr arglos zu folgen. De facto kann ich bei keinem einzigen Tathergang sagen: Ja, so muss es gewesen sein. Aber dazu mehr in der Diskussion nachher.

Fakt ist: Eine solche ungelöste Tat-Serie aus rassistischen Motiven hatte es vordem in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben. Chefs von Sicherheitsbehörden räumten Total-Versagen ein. Das Trio mordete und raubte in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Sie kamen aus Thüringen und sie versteckten sich in Sachsen.

Als Nazi-Mord-Trio wurden sie nie ermittelt. Gestellt wurden sie im November 2011 nach einem weiteren Banküberfall in Thüringen. Die beiden Haupttäter, Böhnhardt und Mundlos, richteten sich danach selbst.

Stunden später sprengte die Dritte im Bunde, Zschäpe, das Haus ihrer gemeinsamen Wohnung in Sachsen. Erst danach wurde klar, um wen es sich bei den toten Bankräubern wirklich handelte: um eine Nazi-Teror-Bande.

Soweit in aller Kürze die offiziellen Fakten.

Seither versuchen parlamentarische Untersuchungsausschüsse, das Desaster zu erhellen: Im Bundestag und in den Bundesländern Bayern, Sachsen und Thüringen. Ich arbeite im Bundestagsausschuss mit.

→

2. Was wird untersucht?

Wir wollen wissen, warum alle Aktivitäten der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden ins Leere liefen. Und warum die rechtsextreme Gefahr so lange, so gründlich und so tödlich unterschätzt wurde.

Praktisch waren an der Fahndung und an den Tatermittlungen 21 Behörden beteiligt, in den Bundesländern und im Bund. Die Kooperation untereinander war offenbar katastrophal.

Die Kompaktheit der Mordserie war einmalig. Aber ich ordne sie ein.

Bevor das Trio im Jahr 2000 sein erstes Opfer hinrichtete, waren im vereinten Deutschland seit 1990 bereits 105 Menschen aus rassistischen Gründen ermordet worden: erschlagen, erschossen, verbrannt.

Rassismus gab es immer, in der Alt-BRD ebenso wie in der DDR, mal verdeckt, mal offen, oft von Staats wegen. Die Nazi-Mordserie war rassistisch, das Gros der Ermittlungen trug ebensolche Züge.

Für mich neu war, dass Nazis in den 1990er Jahren eine deutsche Sektion des Ku-Klux-Klan aufgebaut hatten. Zum Kern gehörten auch Beamte deutscher Sicherheitsbehörden. Es wurde nie geahndet. Das gehört zu den Skandalen.

Vor Jahresfrist gab es einen Staatsakt mit den und für die Angehörigen der NSU-Opfer.

Bundeskanzlerin Angela Merkel entschuldigte sich und versprach bedingungslose Aufklärung. Die Praxis sieht anders aus.

3. Was waren die entscheidenden Fehler?

Erstens: Der Rechtsstaat hat versagt.
Der Rechtsstaat hat zwei vornehmliche Aufgaben. Er hat seine Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten, allemal vor Mord zu schützen. Sollte ihm das, warum auch immer, nicht gelingen, so hat er die Straftat aufzuklären, die Täter zu ermitteln und gemäß Gesetz zu bestrafen. Beides geschah nicht.

Zweitens: Die militante Nazi-Szene wurde unterschätzt.
Die deutsche Nazi-Szene ist vernetzt, europaweit, auch in die USA hinein und bis nach Südafrika. Pläne zur Bewaffnung und zu Terror-Anschlägen wurden längst international debattiert und auch praktiziert. Die deutschen Sicherheitsbehörden hatten das nahezu komplett ausgeblendet.

Drittens: Die Ermittlungen trugen rassistische Züge.
Bei neun Morden und zwei Bombenanschlägen waren vor allem Menschen mit türkischen Wurzeln betroffen. Ein rassistischer Hintergrund lag nahe. Ermittelt aber wurde im Umfeld der Opfer. Ihnen wurde organisierte Kriminalität unterstellt. So wurden aus Betroffenen Täter gemacht.

Viertens: Die Geheimdienste führten ein Eigenleben.
Die Inlandsgeheimdienste, die Ämter für Verfassungsschutz, hatten zahlreiche Informationen, die zu dem Nazi-Trio hätten führen können. Aber sie wurden nie angemessen analysiert und vor allem wurden sie gegenüber den ermittelnden Kriminalämtern geheim gehalten. Das gilt als regelgerecht.

Fünftens: Eine Nazi-Mord-Serie passte nicht ins deutsche Image.
Kurze Zeit, 2006, gingen Ermittler von einem rassistischen Motiv und von rechtsextremen Tätern aus. Öffentlich wurde diese Annahme unterdrückt. In Deutschland fand damals die Fußball-Weltmeisterschaft statt. Ihr Motto: „Die Welt zu Gast bei Freunden!“ Dieses Bild sollte nicht gestört werden.

Sechstens: Die Medien haben ebenso versagt
Sie waren fast durchweg zu staats-nah und zu opfer-fern. Nahezu unkritisch wurden Verlautbarungen der Sicherheitsbehörden verbreitet. Dazu alternative Annahmen (siehe Demo in Kassel 2006) wurden weggedrückt. Überhaupt hat das Thema Rechtsextremismus im Alltag nur eine Ausnahme-Chance.

4. Schlussbemerkungen

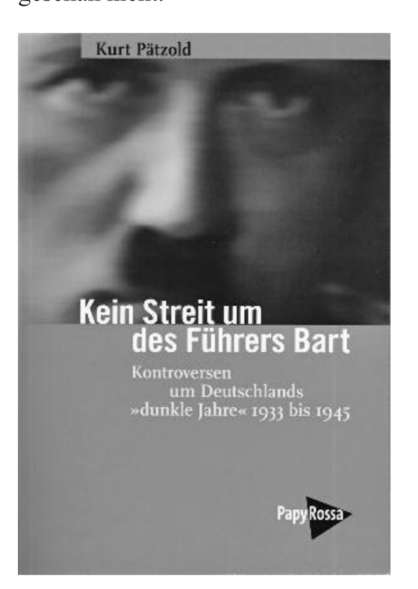
Das war ein sehr grober Überblick. Die ganze Tragödie ist widersprüchlicher und vielfältiger. Dazu gehört auch, dass Sicherheitsbehörden noch zahlreiche Akten mit NSU-Bezügen vernichteten, nachdem wir unsere Ermittlungen aufgenommen hatten. Das nährt Verschwörungstheorien.

Hinzu kommen viele offene Fragen. Eine von vielen will ich andeuten. Ich habe vorhin das Ende der Serie angerissen. Böhnhardt und Mundlos sollen sich nach einem Banküberfall in Eisenach (Thüringen) erschossen haben. Zu dieser Zeit surfte Beate Zschäpe in Zwickau (Sachsen) arglos im Internet. Stunden später legte sie den NSU-Unterschlupf in Schutt und Asche. Dann verschwand sie einige Tage. Vorher rief sie noch bei den Eltern von Mundlos an. Der Uwe kommt nicht mehr. Die Uwes sind tot, teilte sie mit. Preisfrage: Woher wusste sie das?

Zu den Problemen, die mich umtreiben, gehört auch: Die Mordserie war rassistisch motiviert und die Ermittlungen trugen ob ihrer Einseitigkeit ebenfalls rassistische Züge. Trotzdem gibt es weder eine politische, noch eine gesellschaftliche Debatte über Rassismus in Deutschland.

Abschließend zum aktuellen Streit um Beobachter-Plätze beim „Zschäpe-Prozess“. Man stelle sich vor: Faschisten in der Türkei hätten zielgerichtet Deutsche hingerichtet. Es kommt zum Prozess in Ankara und kein Offizieller oder Journalist aus Deutschland bekommt Zutritt zum Gerichtssaal.

BILD würde sich zu doppelter Größe aufblasen und die Bundeskanzlerin ließe verkünden, die Türkei sei offenbar nicht EU-reif. Ich finde, das Versagen der Justiz (Staatsanwälte) bei den Ermittlungen zum NSU-Terrorismus findet nun vor Gericht eine unwürdige Verlängerung. ■



Rassistisches Gedankengut ist keine freie Meinungsäußerung

Der UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD) hat Deutschland wegen der fehlenden Durchsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung aus dem Jahr 1966 gerügt. Anlass war die Einstellung eines Verfahrens gegen Thilo Sarrazin, das der Türkische Bund Berlin-Brandenburg nach einem Interview Sarrazins in Lettre International angestrengt hatte. Mit dieser Entscheidung „hat Deutschland seine Verpflichtung aus der Antirassismuskonvention verletzt, eine eventuelle Gefährdung des öffentlichen Friedens effektiv zu untersuchen“, erklärt der UN-Ausschuss. Der CERD empfiehlt Deutschland, „seine Politik und Verfahren mit Blick auf die Verfolgung mutmaßlicher rassendiskriminierender Äußerungen sowie der Behauptung rassischer Überlegenheit zu überprüfen“. Gleichzeitig wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, das Urteil des CERD „breit zu veröffentlichen“ und es „insbesondere den Staatsanwaltschaften und Gerichten bekannt zu machen“. Es sollten auch Schulungen für Richter und Staatsanwälte durchgeführt werden. Außerdem verlangt der Ausschuss innerhalb von 90 Tagen über die getroffenen Maßnahmen informiert zu werden.

Entscheidung des CERD vom 4. April 2013
www2.ohchr.org/English/bodies/cerd/docs/CERD-C-82-D-48-2010-English.pdf
Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt“
Mai 2013 ■

Alternative für Deutschland

Postenjäger und Querulanten

Nach ihrem fulminanten Start mit einem viel beachteten Parteitag Mitte April kämpft die wohlstands-chauvinistische und marktradikale Alternative für Deutschland (AfD) inzwischen mit den „Mühen der Ebene", oder, genauer gesagt, mit einigen ihrer Mitglieder.

Aus **Hamburg** ist ein Parteiaustritt zu melden, der sogar politische Ursachen hat. Sigurd Greinert, frisch für den Listenplatz 5 bei den Bundestagswahlen nominiert, trat den Rückzug an. „Ich kann eine Partei nicht länger unterstützen, die es zulässt, dass Mitglieder aus Parteien mit rechtspopulistischen Motiven unkontrolliert aufgenommen werden." Einzelne Mitglieder des Landesverbands würden „von der Parteiführung ungehindert islamkritische und meines Erachtens am rechten Rand fischende Blog-Einträge verfassen" (HA, 7.5.13). Gemeint ist damit der AfD-Landesbeauftragte Jens Eckleben, der aus der rassistischen Partei „Die Freiheit" stammt.

In **Niedersachsen** musste die Wahl der Landesliste am vergangenen Sonntag wiederholt werden, weil der erste Versuch von einem Mitglied angefochten worden war, und befürchtet wurde, dass der Landeswahlausschuss die AfD nicht zu den Bundestagswahlen antreten lassen würde. Hintergrund ist ein Streit zwischen dem Landesvorstand und seinem Koordinator für Hannover/Braunschweig, Siegfried Fiedler, der im März seines Postens enthoben wurde, was er nicht anerkennt. „Die wollen mich ausbooten, um die Machtstrukturen der Wahlalternative 2013 in der Partei aufzubauen." (HAZ, 2.4.13; die WA 2013 ist die Vorläuferorganisation der AfD) Fiedler hatte sich auf dem vorhergehenden Parteitag am 1. Mai erfolglos um den Parteivorsitz beworben.

Auch in **Baden-Württemberg** werden Entscheidungen des Parteitags angefochten. Hier stellt sich der Landesvorstand allerdings stur und weigert sich, den Parteitag neu anzusetzen.

Laut Webseite des „Aktionsbündnisses Direkte Demokratie", auf der die AfD eifersüchtig beobachtet wird, habe es schwere Form- und Verfahrensfehler gegeben – u.a. erwähnt werden Ort und Zeit der Versammlung, die es Mitgliedern erschwert hätten, teilzunehmen, fehlende Diskussionsmöglichkeiten und ungeklärte Mitgliedschaften und Stimmrechte. Auch hier wird dem Landesvorstand undemokratisches Vorgehen und der Aufbau einer Hausmacht vorgeworfen.

Ob diese Vorwürfe allerdings ein ordentliches Gericht dazu bewegen können, einen neuen Parteitag zu erzwingen, erscheint fraglich. Jedenfalls hat mittlerweile eines der drei Vorstandsmitglieder, Hansjörg Scheel, seinen Hut genommen. Folgt man einem Kommentar auf der erwähnten Seite, hat die AfD bereits jetzt schwerwiegende Nachteile aufgrund dieses Gezänks: „Potentielle Unterstützer, die der Partei Geldspenden zukommen lassen wollten, haben deshalb ihr Engagement eingestellt und werden vermutlich weder als Wähler noch als Multiplikatoren für die Zukunft in Frage kommen."

In **Bayern** geriet die Wahl eines neuen Landesvorstands zur Farce. Auf dem Landesparteitag am 11. Mai wurde der erst kürzlich inaugurierte Landesparteichef Wolf-Joachim Schünemann zunächst abgewählt und durch Martin Sichert ersetzt. Diese Wahl wurde jedoch nachträglich für ungültig erklärt, weil auf den Tischen leere Stimmzettel, wahrscheinlich von bereits abgereisten Mitgliedern, für diese Wahl herum lagen und der Verdacht einer Manipulation aufkam. Nach Redaktionsschluss fand letzten Sonntag erneut ein Parteitag statt, der einen rechtmäßigen Landesvorstand wählen sollte.

Schon bezüglich des ersten Parteitages Ende März kamen massive Kritiken an Schünemann auf, weil der den Landesverband selbstherrlich führe und „Zweifel am demokratischen Verständnis" des AfD-Vorstands wecke, so Frank Neubauer, stellvertretender Kreisvorsitzender für Erlangen (SZ, 10.5.13). Ein Parteischiedsgericht musste das wegen dieser Worte gegen Neubauer erlassene Hausverbot für den Parteitag wieder aufheben.

Nach einer Vorstandssitzung am 14. Mai traten beide Bewerber um das Amt des Landesvorsitzenden von ihren Ämtern zurück.

Schünemann hat allerdings weiterhin Ambitionen auf einen Listenplatz bei den Bundestagswahlen. Sichert hat sich hingegen durch inzwischen öffentlich gewordene Äußerungen auf Facebook selbst desavouiert; u.a. meinte er, ohne Hitler lebten wir noch immer unter der „Knute des Kommunismus" oder NSU, Breivik und die Pro-Bewegung seien die Speerspitze eines aufgestauten Unmuts (laut „quer", BR, 16.5.13).

Vom **AfD-Landesvorstand Berlin** ist von einst drei Mitgliedern nur noch eines übrig. Parteisprecher Matthias Lefarth trat zurück, nach dem er seinen Wunsch, auf Listenplatz 1 zu den Bundestagswahlen anzutreten, im Vorstand nicht durchsetzen konnte. Ein zweites Vorstandsmitglied, Annette Goldstein, behandelte den Landesverband als Familienunternehmen und setzte erst ihren Gatten Mathias zum Landesgeschäftsführer ein (auch zurück getreten) und ließ Vorstandssitzungen in den Büroräumen ihrer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft stattfinden. Nach einem Streit machte sie sodann von ihrem Hausrecht Gebrauch und schmiss die anderen Vorstandsmitglieder 'raus.

Parteimitglieder sind empört über das Verhalten ihrer Vorstandsmitglieder. Auch sie merken, dass in der AfD wie in jeder anderen Partei um Posten gerangelt wird ohne Rücksicht auf Verluste. Und dass Querulanten und Besserwisser eine Partei lähmen können. Aber auch andere Gründe werden erwogen. Stellvertretend für zahlreiche auf den verschiedenen AfD-nahen Blogs und Facebook-Seiten hier drei Äußerungen auf „Geolicito", einem den Parteiaufbau wohlwollend begleitenden Blog.

Oram meint dort, „vielleicht sind extra einige leute in die neue partei eingeschleust worden mit dem ziel interne querelen zu fabrizieren und die AfD zu schwächen?" Und Karl Bernhard Möllmann weiß, wer sich da hat einschleusen lassen: „Der Westen hat eine lange Tradition von NATO/CIA-Geheim-Armeen, die weder den Parlamenten noch sonst irgendeinem bekannt sind." Da fehlt nur noch eine Behauptung; Barny liefert sie: „Kann es sein, dass Goldstein als Jude ganz anderen Herren dient? Nein, das ist kein Antisemitismus, sondern nur ein Gedanke, den man aufnehmen sollte."

Verschwörungstheorien und Antisemitismus sind am rechten Rand allgegenwärtig, das ist unter SympathisantInnen der AfD nicht anders. *F* ■

Nachtrag:
Nach Redaktionsschluss fanden am Wochenende AfD-Parteitage statt.
In Berlin wurde eine Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt: 1. Joachim Starbatty (Anti-Euro-Kläger und Ex-Bund Freier Bürger), 2. Beatrice von Storch, 3. Eiko Behrens.
In Bayern konnte ein Landesvorstand gewählt werden: Vorsitzender André Wächter, 1. Stellvertreterin Dr. Stöhr, 2. Stellvertreter Fritz Schladitz.



Aufruf: Spendet für das Gedenken an die Opfer von Sobibór

In einem aktuellen Aufruf appelliert der „Zug der Erinnerung“ an die deutsche Öffentlichkeit, das Gedenken an die tausende Opfer der Sobibór-Deportationen zu ermöglichen. Für dieses Gedenken verlangt die Deutsche Bahn AG voraussichtlich 10.000,00 Euro. Weitere 40.000,00 Euro, die der „Zug der Erinnerung“ bereits bisher zahlen musste, hat die DB AG an eine „Bundesstiftung“ unter Kontrolle des Finanzministers weitergereicht – mit der ausdrücklichen Maßgabe, diese Gelder seien auf keinen Fall für den „Zug der Erinnerung“ bestimmt.



Über vierzigtausend Euro hat die DB AG für das bisherige Gedenken an die „Reichsbahn“-Deportierten kassiert.

Zehntausend Euro verlangt die DB AG, weil der „Zug der Erinnerung“ im Mai und Juni die Verschleppten auf den deutschen Bahnhöfen ehren will.*

*Vor 70 Jahren deportierte die „Reichsbahn“ tausende Kinder aus den Niederlanden in die Gaskammern des Lagers Sobibór. Dort wurden sie noch am Ankunftstag ermordet.

Gegen den DB-Boykott: Tausend mal 40 Euro für das Gedenken!

Eine Förderung des Sobibór-Gedenkens im Mai und Juni hat die „Bundesstiftung“ (EVZ) abgelehnt.

Deswegen, heißt es in einer Pressemitteilung, müsste die geplante Fahrt über mindestens 10 deutsche Bahnhöfe eigentlich abgesagt werden. Eine solche Genugtuung werde man den Verantwortlichen aber nicht gewähren. „Die Bemühungen der Deutschen Bahn AG, das Gedenken von den Gleisen zu bekommen“, seien „vergeblich“. Je länger sich das Unternehmen sträube, seine historische Erbschaft anzuerkennen, desto größer werde der internationale Rufschaden sein.

In dem Aufruf wird die deutsche Öffentlichkeit um Hilfe gebeten. Es fehlten „1000 mal 40 Euro“, also genau der Betrag, den die DB AG dem „Zug der Erinnerung“ ausdrücklich entziehen wolle.

Über die Spendeneingänge wird die Seite regelmäßig.informieren.

Spendenkonto:
Zug der Erinnerung, Kreissparkasse Köln, BLZ 370 502 99, Kontonummer 0352550392

www.zug-der-erinnerung.eu ■

8. Juni 2013: „Deutsche Stimme“ verstummen lassen

Am 8. Juni findet in Riesa am Sitz der Parteizeitung der NPD, der „Deutschen Stimme“ ein Aktionstag unter dem Motto „‚Deutsche Stimme‘ (DS) verstummen lassen“ statt. Ein Interview dazu mit Thomas und Jens, die mit zu den Organisatoren gehören

Infoladen Zittau: Die NPD ist nicht erst seit diesem Jahr in Riesa mit dem Sitz der „Deutschen Stimme“. Warum gerade jetzt dieser Aktionstag?

Thomas: Die „Deutsche Stimme“ ist uns schon längst ein Dorn im Auge. Über dieses Blatt verbreitet die extreme Rechte und gerade die NPD ihre menschenfeindliche Ideologie.

Aktuell ist die Versandseite der DS offline. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat den Online-Katalog auf den Index gesetzt. Dies und weitere Schwierigkeiten, in denen die DS steckt, wollen wir zum Anlass nehmen, um mit unseren Aktionstag die DS nun endgültig verstummen zu lassen.

Infoladen Zittau: Aber reicht es nicht aus, auf ein mögliches Verbot der NPD zu warten und teilen denn diese Forderung alle an der Organisation Beteiligten?

Jens: Der „Deutsche Stimme Verlag“ nimmt eine zentrale Stelle im Geflecht aus NPD und militanten Neonazis ein. Ihr Verlag gibt monatlich die Parteizeitung der NPD und zahlreiche weitere neofaschistische Schriften heraus. Sein Sitz in der Geschwister-Scholl-Straße beherbergt außerdem die Büros des Parteivorsitzenden Holger Apfel und des NPD-Chefhetzers Jürgen Gansel. In Riesa glaubt die NPD einen ruhigen Platz gefunden zu haben, um von dort aus Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus verbreiten zu können. Das nehmen wir nicht mehr hin und werden unseren Protest vor die Haustür der NPD bringen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten fordert ein NPD-Verbot. Beteiligte antifaschistische Gruppen tragen diese Forderung so nicht mit. Sie kritisieren, dass auf die Justiz vertraut werden soll und welche merkwürdigen Entscheidungen diese fällt, sehen wir bei dem Urteil von Tim in Dresden. Auch in den Parteien wird diese Forderung kontrovers diskutiert.

Dennoch wird dieser Aktionstag gemeinsam getragen, denn die DS soll verstummen und somit die NPD die nächste Niederlage einstecken.

Infoladen Zittau: Wie soll denn der Aktionstag ablaufen? Was ist geplant?

Thomas: Wir wollen mit vielen Menschen, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren, vor den Sitz der DS gehen und deutlich zeigen, was wir von der NPD und ihrer Parteizeitung halten. Dazu haben wir eine Demonstration angemeldet, die 13 Uhr beim „Riesapark“ ab der Rostocker Straße starten soll. Zuvor gibt es die Möglichkeit sich um 10:30 Uhr auf dem Rathausplatz zu treffen, um mit Fahrrädern entlang der Stätten von Widerstand und Verfolgung des NS-Regimes gemeinsam zum „Riesapark“ zu fahren.

Und um 11 Uhr treffen sich die Menschen, die per Zug anreisen, um gemeinsam zum Auftaktort der Demonstration zu gehen. Als weitere Anlaufstelle dient ab 10 Uhr ein Infopunkt vor dem Filmpalast „Capitol“ in der Hauptstraße 72a. Dort wird auch die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ gezeigt.

Nach der Demonstration wird es ab 19 Uhr auf dem Rathausplatz eine Kundgebung geben. Bei dieser spricht unter anderem Cornelia Kerth von der VVN-BdA und die linke Fachpolitikerin im Sächsischen Landtag, Kerstin Köditz. Mit einem Antifa Konzert auf dem Rathausplatz klingt der Aktionstag aus.

Infoladen Zittau: Ihr habt euch viel vorgenommen. Wer unterstützt denn diesen Aktionstag?

Jens: Viele unterschiedliche Akteure sind mit dabei: Die VVN-BdA, antifaschistische Gruppen aus Sachsen und darüber hinaus, DIE LINKE. Sachsen und natürlich nicht zu vergessen auch viele Menschen in Riesa, die in unterschiedlichen Vereinen und Initiativen aktiv sind.

Infoladen Zittau: Und gab es schon Reaktion auf eure Ankündigung aus der rechten Szene?

Jens: In einem sozialen Netzwerk hat sich der örtliche Landtagsabgeordnete der NPD, Jürgen Gansel, zu Wort gemeldet. Das zeigt, dass wir den Finger in die Wunde legen, denn unsere Forderungen sind klar und deutlich: Keine Ruhe für Nazis und Rassisten! – „Deutsche Stimme“ zumachen! – NPD-Verbot jetzt!

Infoladen Zittau: Habt ihr zum Schluss noch etwas, was ihr unbedingt loswerden wollt?

Thomas: Klar. Es wäre total toll, wenn am 8. Juni ganz viele Menschen nach Riesa kommen und klar und deutlich zeigen, was sie von der „Deutschen Stimme“ und der NPD halten. Lasst uns die Ankündigung in die Tat umsetzen „Deutsche Stimme“ zumachen! Bewerbt den Tag auf euren Internetseiten, in den Profilen der sozialen Netzwerke, über Mailinglisten und natürlich in Gesprächen mit euren Freundinnen und Freunden.

Weitere Informationen auf http://www.vvn-bda.de/aktionstag-gegen-die-deutsche-stimme/ ■

Die rechte Protestbewegung gegen die Homosexuellenehe hält an – und radikalisiert sich

So viel Bereitschaft zum Märtyrertum war selten. „Notfalls würde ich mich auch vor den Panzer legen, wie 1989 auf dem Tian'an men-Platz", kündigte die Aktivistin Ludovine de la Rochère (*im Bild rechts in der Mitte am Mikro; Red*) in den Spalten des rechtsextremen Internetmagazins Nouvelles de France an. Kurz bevor am vergangenen Sonntag (26.05.13) in Paris erneut rund 400 000 Menschen gegen die Homosexuellenehe in Frankreich auf die Straße gingen.



26.5.2013; Foto: B.S.

Leider ist es relativ unwahrscheinlich, dass die Dame ihre großsprecherische Ankündigung wenigstens auch wahr macht. Auch darf man getrost davon ausgehen, dass die Risiken, die sie mit ihrer frenetischen Aktivität gegen die Homosexuellenehe in Frankreich eingeht, doch in eng überschaubaren Grenzen bleiben. Im Vorfeld der jüngsten Demonstration vom Sonntag, den 26. Mai hatte die circa Vierzigjährige die eher exzentrische Persönlichkeit „Frigide Barjot" – so lautet das selbstgewählte Pseudonym, es bedeutet so viel wie „Frigide Bescheuert", von Virginie Merle-Tellenne – als wichtigste Sprecherin der rechten Protestbewegung abgelöst.

Die 50jährige „Barjot" war am 5. Mai 2013 bei einer regionalen Protestaktion in Lyon von Teilen einer Demonstration ausgepfiffen worden. Dabei tat sich besonders die rechtsextreme, als gewalttätig bekannte Studentenorganisation GUD (Groupe Union-Défense) hervor. In den darauffolgenden Tagen erhielt „Barjot" mehrfach Drohungen, bis hin zum Empfang eines per Post verschickten, blutgetränkten Taschentuchs. Ihr wird vorgeworfen, sich zwar gegen Eheschlüsse auch für homosexuelle Paare, aber für ihre zivilrechtliche Anerkennung ausgesprochen zu haben. „Frigide Barjot" machte sich zwar gegen die Homosexuellenehe, aber für eine eingetragene Lebenspartnerschaft unter der Bezeichnung union civile stark.

Denn offiziell, so betonte jedenfalls diese Protagonistin es des Öfteren, möchte die Protestbewegung nicht homophob sein, sondern lediglich auf das Problem der Stellung von Kindern im Falle der Adoption durch homosexuelle Paare aufmerksam machen. Auf den „Schutz unserer Kinder" beriefen sich auch zahlreiche Demonstranten am Sonntag – auch wenn dieses offizielle Argument durch den Anblick der zahlreich mitgeschleiften und für das Tragen von Parolen, die sie bestimmt nicht verstanden, instrumentralisierten Kinder konterkariert wurde. Dass zumindest „Frigide Barjot" sich immer wieder von expliziter, offener Homophobie abgrenzte, begeisterte aber nicht alle ihrer Mitprotestierenden. So wenig, dass sie nun beiseite geschoben und durch die rechtskatholische Fundamentalistin de la Rochère ersetzt wurde. Ein Anzeichen unter mehreren für die politische und ideologische Radikalisierung der Bewegung, die sich auch in der wachsenden Bedeutung der rechten bis rechtsextremen Plattform Printemps français („Französischer Frühling") unter Béatrice Bourges widerspiegelt.

Verbot des „Französischen Frühlings"?

Am Freitag, den 24. Mai d.J. erwog Innenminister Manuel Valls, ein Organisationsverbot gegen diese eher vage strukturierte Bewegung zu verhängen. Der „Französische Frühling" hatte zuvor angekündigt, nunmehr „die Regierung und all ihre Anhängsel, die politischen Parteien der Kollaboration" – gemeint ist: mit der angeblichen sozialistischen Diktatur – „und die Lobbys, in denen die herrschende Ideologie ausgearbeitet und verbreitet wird", ins Visier zu nehmen. Innenminister Valls wertete dies als eine Ankündigung von Einschüchterung und Gewalt. Unter der herrschenden Ideologie versteht die Gruppierung die Abkehr von der vorgeblichen natürlichen Moral, und speziell „die Genderideologie", da derzeit über die Einführung der Gendertheorie in französische Schulbücher diskutiert wird. Was man unter den vermeintlich einflussreichen „Lobbys" versteht, stellte die Gruppierung am Freitag Abend unter Beweis, als sie vor der Freimaurerloge Le Grand Orient in Paris demonstrierte. Um den Einfluss der Freimaurer, die vor 1789 eine wichtige Rolle als Geheimorganisation des aufgeklärten oder revolutionären Bürgertums spielten und heute zum Teil als elitäre Zirkel in einem Teil der Bourgeoisie fortbestehen, ranken sich seit zweihundert Jahren wüste Verschwörungstheorien. Bei reaktionären Katholiken sind sie ebenso beliebt wie bei Antisemiten und Neofaschisten.

Auch nachdem das Gesetz zur Einführung der Homosexuellenehe am Freitag, den 17. Mai d.J. durch das französische Verfassungsgericht für verfassungskonform erklärt und am folgenden Tag von Staatspräsident François Hollande unterschrieben wurde, gehen die Proteste dagegen weiter.

Die Sprüche, mit denen de la Rochère ihr fortwährendes Engagement gegen das diabolische Vorhaben untermalt, belegen den zunehmend irrationalen Charakter der Gegenbewegung. Unterschiedlich motivierte Zukunftsängste und Befürchtungen vor einem gesellschaftlichen Wandel, der als ebenso katastrophenträchtig wie unumkehrbar betrachtet wird und in vielen Köpfen von der Auflösung der Geschlechterordnung bis zur „Rassenmischung" reicht, bündeln sich an der Frage der Homosexuellenehe wie in einem Brennglas.



26.5.2013, Richter und Anwälte; Foto: B.S.

Nicht einmal im noch stärker katholisch geprägten Spanien, wo die Homosexuellenehe bereits 2006 eingeführt wurde, woraufhin der damalige Papst Benedikt XVI. deswegen Premierminister José Luis Rodriguez Zapatero persönlich in Madrid Vorwürfe machte, kam es zu einem vergleichbaren Kräftemessen. Dort blieb es bei einer größeren Demonstration. In Frankreich dagegen wurde die rechte oder religiös motivierte Mobilisierung dagegen seit Mitte November vergangenen Jahres quasi zu einer Dauereinrichtung. Und sie ist, auch nachdem das Gesetz nun in Kraft ist und am Dienstag (29. Mai) die erste Hochzeit zwischen zwei Männern in Montpellier gefeiert wurde, wohl noch immer nicht zu Ende.

Das Spiel der UMP

Einige Bürgermeister kündigten wie das UMP-Stadtoberhaupt von Vienne bei Grenoble, Jacques Remiller, bereits an, die Anwendung des Gesetzes zu „boykottieren" – auch auf die Gefahr von Strafverfolgungen hin. Laut Umfragen verurteilen zwar gut 55 Prozent der Befragten dieses Verhalten, doch je eine Mehrheit sowohl in der Wählerschaft der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP als auch des rechtsextremen Front National befürwortet es. Andere Rathauschefs wollen es vermeiden, selbst solche Eheschlüsse vorzunehmen – die in Frankreich von Bürgermeistern oder ihren Stellvertretern zelebriert werden – und die Sache delegieren, wie UMP-Parteichef Jean-François Copé in „seiner" Stadt Meaux, der es seinen Beisitzern überlassen möchte. Sein Parteifreund, der Abgeordnete Hervé Mariton, wiederum will als Bürgermeister von Crest zwar gesetzeskonform auch Hochzeiten von homosexuellen Paaren pflichtgemäß feiern, aber „ihnen dabei sagen, was er dazu denkt". Um ihnen ordentlich die Feier zu verderben, falls sie nicht lieber doch dankend verzichten. Am vergangenen Sonntag kündigten auch militante Oberschüler aus katholischen Privatschulen an, gegen einzelne Eheschlüsse homosexueller Paare vor den Rathaustüren zu demonstrieren. Wenn die Heirat zum Spießrutenlauf wird, dürfte die Motivation der Beteiligten doch erheblich sinken.

Die aktuelle Parteiführung der UMP unter ihrem Parteivorsitzenden Jean-François Copé versuchte in den letzten Wochen eifrig, Öl ins Feuer zu gießen. Am 4. Mai 2013 erklärte Copé in einem Interview mit der konservativen Tageszeitung Le Figaro: „Frankreich benötigt ein neues 1958." Nicht Mai 1968, sondern 1958: Dabei spielt er auf die Ereignisse des 13. Mai 1958 an, bei denen Charles de Gaulle inmitten des Algerienkriegs durch einen (von Algier ausgehenden) Militärputsch an die Macht kam. Der Putsch wurde schnell legalisiert, indem das französische Parlament in Paris de Gaulle die Macht übergab; er begründete daraufhin die Fünfte Republik, welche die kriselnde Vierte Republik ablöste. Bei den Ereignissen im Mai 1958 zogen konservative Rechte und Neofaschisten noch an einem Strang, um ein „starkes Regime" zu errichten, das den Kolonialkrieg in Algerien gewinnen solle. Erst in den darauffolgenden Jahren, 1960-62, erfolgte die Trennung zwischen beiden Kräften, nachdem Charles de Gaulle aus realpolitischen Gründen die Unabhängigkeit Algeriens akzeptiert hatte.

Auch derzeit ziehen ein Teil der Konservativen und die französischen Neofaschisten in der Protestbewegung an einem Strang. Sinnbildlich vollzog die rechtskatholische Politikerin Christine Boutin – Wohnungsbauministerin unter Nicolas Sarkozy bis 2012 – den Schulterschluss, indem sie am Sonntag (26.5.13) Seite an Seite zusammen mit dem FN-Abgeordneten Gilbert Collard demonstrierte. Eine Woche zuvor erklärte sie in einem Interview bei den Sender „TV5" und RFI: „Es gibt höherrangige Gesetze, die über den Gesetzen der Republik stehen", womit sie die so genannte natürliche Moralordnung meinte. Eine antidemokratische Position in Reinform.

Historischer Hintergrund

Das Ausmaß und den zum Teil apokalyptischen Unterton der aktuellen Protestbewegung kann nur verstehen, wer sie in den Kontext der französischen Geschichte stellt. In jenen gesellschaftlichen Milieus, die sich durch die Bindungswirkung katholischer Werte und konservativer Einstellungen auszeichnen, würde in anderen Ländern vielleicht eher eine unpolitische Haltung oder die Einrichtung im Bestehenden vorherrschen. In Frankreich aber ist ein Teil gerade dieser sozialen Gruppen durch die Erinnerung an den Epochenbruch von 1789 geprägt: Modernisierung und Abkehr vom Überkommenen wird hier dauerhaft mit einem vermeintlich traumatischen Erlebnis, jener an den revolutionären Umsturz einer als „natürlich" vorgestellten Ordnung, assoziiert.

Deswegen besteht in einem Teil des konservativen bis reaktionären gesellschaftlichen Milieus eine auf den ersten Blick erstaunlich wirkende Bereitschaft, sich „notfalls" auch aktiv der Politik der Regierenden zu widersetzen. Vor allem dann, wenn diese einem als feindlich wahrgenommenen politischen Lager angehören, dem seit der Enthauptung des Königs im Januar 1793 und seit der Trennung zwischen Kirche und Staat im Dezember 1905 alle möglichen Schandtaten →


26.5.2013, Teile der UMP-Führung; Foto: B.S.

Selbstmord in Notre-Dame:

Ein Fanal gegen die „Dekadenz des Abendlands"

Es steht sehr zu befürchten, dass es die mit Abstand beste Tat im Leben des Dominique Venner war. Im Alter von 78 Jahren beging der faschistische Schriftsteller am Nachmittag, des 21. Mai 2013 öffentlichen Selbstmord in der Pariser Kathedrale Notre-Dame. Rund 1500 Besucher/innen, überwiegend Touristen, sahen ihm zu, wie er sich eine Pistole in den Mund schob, nachdem er einen Abschiedsbrief auf dem Altar hinterlegt hatte.

Dominique Venner war kein Christ, sondern hing dem rechten Neuheidentum an. Aus diesen Gründen war es nicht Notre-Dame de Paris als Kirche, sondern als nationales und kulturelles Symbol, das er für den Ort seines Abschieds vom Leben ausgewählt hatte. Sein Suizid war Ausdruck einer reaktionären Verzweiflung, in dem Sinne, dass bestimmte rechte Aktivisten daran zu zweifeln beginnen, ob die von ihnen als Katastrophe erlebten gesellschaftlichen Veränderungen – „Rassenmischung", Globalisierung, Bedeutungsverlust ihrer Nation, … - noch rückgängig zu machen sind. Sein Selbstmord sollte aber auch als Fanal wirken, also aufrütteln, mobilisieren. Dominique Venner war in jüngerer Zeit im Rahmen der Opposition gegen die Homosexuellenehe in Frankreich aktiv geworden, besonders bei der Vereinigung Le Printemps français („Französischer Frühling", vgl. vorherigen Artikel dazu). Er versuchte durch seine Tat für die kommenden Protestdaten der Bewegung wie die Demonstration vom 26. Mai 2013 zu mobilisieren. Aber auch die Bewegung darauf hinzuweisen, dass sie aus seiner Sicht ihren ideologischen Horizont erweitern musste: Die rechte Protestbewegung dürfe nicht nur gegen die Homo-Ehe aus Ausdruck der „Dekadenz unserer" Kultur auftreten, sondern müsse sich auch die „Frage der afrikanischen und maghrebinischen Einwanderung" stellen, gab er in seinem Abschiedsbrief zu Protokoll.

Dominique Venner war in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, aber in „eingeweihten" Zirkeln der neofaschistischen Rechten durchaus eine Figur, eine Respekt- und Bezugsperson. Sein politisch-ideologisches Engagement währte über fünfzig Jahre. Es begann in den 1950er Jahren in den Reihen der Bewegung Jeune Nation, die damals durch Pierre Sidos angeführt wurde, den späteren langjährigen Chef der Gruppierung Oeuvre française. (Deren Leitung übergab er im Februar 2012 dem jungen Kader Yvan Benedetti, nachdem dieser aufgrund antisemitischer Aussprüche und Gewalt gegen andere Parteimitglieder beim Front National ausgeschlossen worden war.) Jeune Nation wurde aufgrund von gewalttätigen Versuchen zum „Anheizen der Heimatfront" im Algerienkrieg verboten. Dominique Venner schloss sich der rechten Terrororganisation OAS („Organisation geheime Armee") an, die ab 1961 mit Attentaten und Bombenanschlägen gegen den französischen Rückzug aus Algerien kämpfte.

Diese Phase seiner rechtsterroristischen Betätigung führte zur Internierung Dominique Venners im französischen Zentralmassiv, bis 1963. Dabei verfasste er im Juli 1962 – dem Monat der Unabhängigkeit Algeriens – eine manifestartige Schrift, in welcher er das Scheitern des rechten Aktivismus bilanzierte: „Die algerische Niederlage hat einen Schlusspunkt unter die Einbildungen der rechten Politikaster gesetzt. Sie zeigte die Unfruchtbarkeit des Nur-Aktivismus auf. Dagegen hat sie die Perspektiven der nationalistischen Revolution als einzig richtige bestätigt."

Venner zog eine doppelte Bilanz aus dem vorläufigen Scheitern: Erstens schade theorieloses, oberflächliches Agieren nur. Zum Zweiten sei der Nationalismus der europäischen Einzelstaaten – die soeben ihre Kolonialreiche verloren, vom „französischen Algerien" bis zum „Belgisch-Kongo" – mittlerweile zu eng geworden. Es bedürfe eines „europäischen Nationalismus", im Sinne einer Verteidigung der „weißen Rasse" in ihrer Gesamtheit.

Von 1963 bis 1966 leitete Venner die Zeitschrift Europe-Action und eine gleichnamige Bewegung an. Bei den Parlamentswahlen im März 1967 ließ er eine „Nationalistische Fortschrittsbewegung – Europäische Sammlung für die Freiheit" (MNP-REL) – kandidieren, die jedoch im eher mikroskopischen Bereich abschnitt. Im Juli desselben Jahres machte er den Vorschlag zur Gründung einer rechten Denkfabrik. Daraus wurde dann der GRECE (für „Forschungs- und Studienzentrum für die europäische Zivilisation"), der im Januar 1968 ins Vereinsregister eingetragen wurde. Doch die Entwicklung des GRECE unter Alain de Benoist entglitt Venner später. In den 1980er Jahre wandte sich der GRECE gegen die „Verwestlichung der Welt", begriffen als „allgemeine Vermischung". Stattdessen begrüßte die rechtsintellektuelle Gruppierung etwa auch den Aufstieg des Islamismus, als Anzeichen für das allgemeine, weltweite Bestreben nach „Wiederaufblühen der kulturellen Identitäten", die sich jedoch getrennt entwickeln müssten. Venner war das zu kompliziert, und zu „anti-westlich". Gemeinsam mit anderen suchte er den Rückbezug auf einfachere Ideen der „Verteidigung unserer Rassen". Sein theoretisches Erbe findet sich heute eher bei den weißen Rassisten der „identitären Bewegung". Venner war in den letzten Jahrzehnten nie bei einer politischen Partei oder festgefügten Organisation aktiv, sondern trat vor allem als „Historiker" auf, etwa mit seiner 2002 gegründeten Zeitschrift Nouvelle Revue d'Histoire.

Sein Tod wurde als politische Tat unter anderem von Marine Le Pen und ihrem Vater Jean-Marie Le Pen gefeiert, sowie ihrem 2011 unterlegen Rivalen um den Parteivorsitz des Front National, Bruno Gollnisch. Auch wenn Marine Le Pen kurz darauf hinzufügte, statt im Suizid solle Frankreich „im Leben und im zuversichtlichen Kampf" seine Zukunft suchen. Aber auch der rechte Abgeordnete Christian Vanneste – 2012 wegen allzu krasser Homophobie aus der UMP ausgeschlossen – und die rechtskatholische Politikerin Christine Boutin bezogen sich auf ihn. Boutin erklärte, sie hoffe, das Venner, der „offensichtlich nicht an Gott geglaubt" habe, sich „in letzter Minute bekehrt hat".

Bernard Schmid, Paris ■

zugetraut werden. Ein solcher aktivistischer Konservativismus ist etwa in Deutschland eher unbekannt, Vergleiche werden aktuell westlich des Rheins auch eher zur Tea Party-Bewegung in Nordamerika gezogen.

Die meiste Zeit über bleibt diese Mobilisierungsbereitschaft konservativer Kreise im Latenzzustand. Aber wenn ein Thema, wie die als bedrohlich wahrgenommene Reform der staatlichen Finanzierung für die katholischen Privatschulen im Frühjahr 1984 – die damaligen Millionenproteste fallen zeitlich mit dem Durchbruch des Front National als Wahlpartei mit Massenanhang zusammen – oder aktuell die „Homo-Ehe", als besonderer Stachel wahrgenommen wird, dann schlägt die Situation um. Zumal wenn, wie im Augenblick, dem rechten Protest die Straße überlassen bleibt, weil – angesichts der konkreten Früchte sozialdemokratischer Regierungspolitik – die Basis der Linksparteien und ein Gutteil der Gewerkschaften desorientiert, frustriert und perspektivlos vor sich hin starren.

Bernard Schmid, Paris ■



Protest Junger Flüchtlinge

Hannover. Anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) in Hannover riefen die Jugendlichen ohne Grenzen (JoG) und ihre Bündnispartner am 22.5.2013 ab 17 Uhr am Hauptbahnhof zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto: „WIR WOLLEN NICHT NUR EIN STÜCK VOM KUCHEN, SONDERN DIE GANZE BÄCKEREI! DAS HEISST, BLEIBERECHT FÜR ALLE!“.

Ca. 350 Menschen protestierten in einem lauten und bunten Zug durch die Innenstadt. Die jugendlichen Flüchtlinge aus verschiedenen Lagern berichteten in Redebeiträgen über ihre Situation und bekräftigten ihre Forderungen, die sie auch an die in Hannover tagende Innenministerkonferenz richteten:

- Ein großzügiges Bleiberecht für Alle
- Die Gleichberechtigung von Flüchtlingen v.a. beim Bildungsrecht / Arbeitsrecht
- Die Abschaffung der Residenzpflicht und der Wohnsitzauflage. *bee* ■

Forderungen an de Innenministerkonferenz

Hannover. PRO ASYL, der Flüchtlingsrat Niedersachsen, Jugendliche ohne Grenzen und das Roma-Center Göttingen fordern Einreiseerleichterungen für syrische Flüchtlinge, Bleiberecht für Geduldete und gesellschaftliche Teilhabe für Schutzsuchende vom ersten Tag an.

Die Innenminister von Bund und Ländern haben sich darauf verständigt, 5 000 Flüchtlinge aus Syrien einreisen zu lassen. Angesichts der 1,5 Millionen registrierten syrischen Flüchtlinge ist dies ein wichtiger, aber unzureichender Schritt. Die NGOs appellieren an Bundesregierung und Länder, syrischen Flüchtlingen mit Verwandten in Deutschland die Einreise unbürokratisch zu ermöglichen. Viele der in Deutschland lebenden rund 40.000 syrischen Staatsangehörigen bangen um das Leben von Familienmitgliedern und versuchen verzweifelt, ein Visum für sie zu bekommen. Diese Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit darf nicht länger durch bürokratische Engherzigkeit verhindert werden.

Die Zahl der Geduldeten in Deutschland ist mit mehr als 85.000 konstant hoch. Rund 36.000 von ihnen leben seit über sechs Jahren im Bundesgebiet. Dazu kommen noch über 33.000 als ausreisepflichtig Registrierte ohne Duldung. Ein Viertel der Geduldeten sind Minderjährige. Wir erwarten von den Innenministern, dass sie sich öffentlich für eine unbürokratische gesetzliche Bleiberechtsregelung aussprechen und damit ein Signal dafür setzen, dass die Praxis der Erteilung von Kettenduldungen endlich beendet wird. Dies gilt insbesondere auch für Roma-Flüchtlinge aus den Balkanstaaten. Viele von ihnen leben schon jahrzehntelang in Deutschland – und sollen nun in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen ein menschenwürdiges Leben und ein Schulbesuch ihrer Kinder oft nicht möglich ist.

Der niedersächsische Innenminister und derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Boris Pistorius, hat öffentlich einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik gefordert und für Niedersachsen in Aussicht gestellt. Wir freuen uns über dieses Signal, erwarten aber auch in dieser Richtung weitere Handlungen: Flüchtlinge sollten – wie z.B. in Schweden – vom ersten Tag an einen uneingeschränkten Zugang zu Sprachkursen und Qualifikationsangeboten erhalten. Auf Länderebene sollte die Lager-unterbringung beendet und eine frühzeitige Einbeziehung von Flüchtlingen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden.

gez. *Günter Burkhardt, PRO ASYL Nurjana Arslanova, Jugendliche ohne Grenzen, Elvira Ajwasi und Nizaqete Bislimi , Roma Center Göttingen Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 21.5.2013* ■

Bayerischer Innenminister Abschiebeminister 2013

Am 23.5.2013 kürten jugendliche Flüchtlinge im Rahmen eines Gala-Abends der Jugendlichen Ohne Grenzen (JoG) in Hannover Joachim Herrmann (CSU) zum inhumansten Innenminister des Jahres. Den Negativpreis „Abschiebeminister 2013“ erhält der bayerische Innenminister für seine Politik der Abschiebungen nach Afghanistan und des Langerzwangs für Flüchtlinge. Mit 38,0 Prozent der Stimmen setzte sich Herrmann deutlich gegen Innensenator Frank Henkel (CDU) aus Berlin (24,1 %) und die Innenminister Markus Ulbig (CDU) aus Sachsen (19,4 %) und Ralf Jäger (SPD) aus NRW (18,5 %) durch. Der Preis wird am Freitag um 11 Uhr im Rahmen eines Termins von JoG bei der Innenministerkonferenz übergeben werden.

Nachfolgend ein Auszug aus der Laudatio der JoG-Gruppe Bayern:

„Bayerns Innenminister, der bereits Abschiebeminister 2011 wurde, forciert weiterhin Abschiebungen nach Afghanistan. Nachdem in 2013 mindestens zwei Flüchtlinge nach Kabul abgeschoben wurde, droht nun Salem Begzad (21) aus Neuburg an der Donau die Abschiebung. Obwohl die Lage in Afghanistan immer schlimmer wird und immer mehr Zivilisten sterben, findet Herrmann, dass abgelehnte männliche Flüchtlinge zurückkehren sollten. Wer nicht freiwillig geht, dem wird verboten zu arbeiten oder eine Ausbildung zu beginnen. Für zweitausend Afghanen in Bayern bedeutet dies ein Leben in Angst und ohne Perspektive. Darüber hinaus werden Flüchtlinge in Bayern durch Isolation in Flüchtlingslagern und Mangelversorgung mit Essenspaketen, zur freiwilligen Ausreise genötigt. In anderen Bundesländern erhalten Flüchtlinge Bargeld und dürfen leichter in Wohnungen ziehen.“

Neben der Vergabe des Negativpreises zeichneten bei dem Gala-Abend Kutlu Yurtseven (Musiker von Microphone Mafia), Wolf List (Schauspiel Hannover) und Philip Harpain (GRIPS-Theater Berlin) vorbildliche Initiativen gegen Abschiebungen aus.

Den Initiativenpreis 2013 erhielten:

12. Klasse der Max-Brauer-Schule (Hamburg)
Die Schulklasse von Fabiola Cruz aus Honduras, die seit 2006 in Deutschland geduldet ist, kämpfte gegen die Abschiebung ihrer Mitschülerin. Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit bei Facebook führten dazu, dass die Härtefallkommission in Hamburg sich mittlerweile für Bleiberecht für die Familie Cruz entschieden hat.

Initiative für die Rückkehr von Anuar Naso und seinem Vater (Hildesheim)
Im Jahr 2011 wurde der damals 15-jährige Anuar Naso aus Hildesheim zusammen mit seinem Vater von der restlichen Familie getrennt und nach Syrien abgeschoben. Dort wurden beide inhaftiert und misshandelt. Seitdem kämpfen seine Schwester Shahnas Naso und UnterstützerInnen für die Rückkehr und sammelten 18.000 Unterschriften. Der Protest hat sich gelohnt: Die Rückkehr von Anuar und seinem Vater wurde kürzlich zugesagt.

11. Klasse der Nelson-Mandela-Gesamtschule (Hamburg)
Als Ayodele von seiner drohenden Abschiebung erfuhr, fragte er seine Lehrer und Mitschüler aus der Nelson-Mandela-Gesamtschule im Stadtteil Wilhelmsburg

um Rat. Die Schüler beschlossen, sofort etwas zu unternehmen. Ihre Facebook-Seite mit dem Titel „Gegen die Abschiebung von Ayodele Madaiyese“ wurde von 9000 Menschen „geliked“, auch der HSV-Star Dennis Aogo setzte sich ein. Die Proteste dauerten an, bis Ayodele in Deutschland bleiben durfte.

Quelle: Jugendliche Ohne Grenzen 24.5.2013 ■

Syrien: Aufnahme und Resettlement

In einer Mitteilung von Pro Asyl wird über den derzeitigen Stand der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien berichtet:

a) für die aufzunehmenden 5.000 Syrer gibt es immer noch keine Aufnahmeanordnung des BMI. Es gibt allerdings Anzeichen, dass eine Aufenthaltserlaubnis (AE) nach §23 II erteilt werden soll, die im Wesentlichen die gleichen Rechte beinhalten würde wie sie die derzeitigen Resettlementflüchtlinge haben. Entgegen der offiziellen Verlautbarung „vorübergehender Aufenthalt“ hieße das: eine zunächst (zweijährig) befristete AE mit einer mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Chance auf längeren Aufenthalt, Kein AsylbLG; voller Arbeitsmarktzugang und alles, was derzeit auch an 23 II hängt. Wir dürfen gespannt sein. Juni klappt auf keinen Fall. Ziel ist es wohl, vor der BT-Wahl Leute hier zu haben.

Über die Aufnahmeanordnung wird aber noch verhandelt, auch hinsichtlich der Aufnahmekriterien, was bedeutet, dass eine Beteiligung von UNHCR bei der Auswahl ebenfalls noch unklar ist. Mögliche andere Partner, die die Auswahl übernehmen könnten: Caritas vor Ort. Auf EU Ebene ist wohl eine Pledging Conference geplant, ähnlich wie bei Irak, wo dann den Mitgliedsstaaten selbst überlassen bleibt, ob und wie viele Syrer sie aufnehmen. Genaueres weiß ich nicht, insbesondere, ob eine (rückwirkende) Finanzierung der deutschen Aufnahme über EFF möglich sein wird.

b) Für die 2013er Resettlementflüchtlinge soll eine Aufnahmeanordnung wohl in den nächsten Tagen kommen. Es bleibt bei 100 Irakern aus der Türkei (Auswahl läuft) und 200 Flüchtlingen aus Syrien (100 Iraker, 100 andere Nationalitäten), die mit UNHCR-Orga aus Syrien herausgeholt werden (Transitvisum Jordanien) und von Deutschland ohne Mission, sondern per Videoanhörung endgültig ausgewählt werden.

Es sieht ganz so aus, als gäbe es bald viel zu tun für uns und euch vor Ort…

Quelle: Pro Asyl, 13.5.2013 ■

Zugang zum Arbeitsmarkt für alle

Kiel. In einer Medieninformation fordert der Innenminister aus Schleswig-Holstein Andreas Breitner, den Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Flüchtlinge zu erleichtern und die selbstbestimmte Sicherung des Lebensunterhaltes zu ermöglichen.

„Alle Flüchtlinge, die auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt sind, müssen sofort die Möglichkeit erhalten, sich um eine reguläre Arbeit zu bemühen“, sagte Breitner am 17. Mai in Kiel. Kleine Veränderungen im Beschäftigungsrecht, über die die Süddeutsche Zeitung in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet, seien halbherzig und ersetzten nicht notwendige Erleichterungen im Asylverfahrensrecht.

„Die Bundesregierung springt in die richtige Richtung, aber zu kurz: Wer in Deutschland lebt, muss so gut wie möglich darin unterstützt werden, seinen Lebensunterhalt selbstbestimmt zu sichern“, so Breitner.

Gegenwärtig verbietet das Asylverfahrensgesetz des Bundes Asylsuchenden im ersten Jahr ihres Aufenthaltes eine Arbeitsaufnahme. Die neue Aufnahmerichtlinie der EU gibt den Mitgliedstaaten vor, den Arbeitsmarktzugang nicht länger als neun Monate zu verweigern. „Ich sehe keinen Grund, warum diese Wartezeit nicht mit dem Auszug eines Schutzsuchenden aus der Aufnahmeeinrichtung enden soll“, sagte Breitner.

Quelle: Pressestelle Innenministerium Schleswig Holstein 17.5.2013 ■

Abschaffung des Asylrechts Gedenktafel an Hamburger Innenbehörde

Hamburg, 16.5.2013. In Gedenken an die 414 Menschen, die allein in den Jahren zwischen 1993 und 2012 durch staatliche Maßnahmen der BRD ums Leben kamen, wurde am 16.5.2013 eine mit dem Namen „Bündnis Gegen Rassismus und Ausgrenzung“ versehene Tafel an die Hamurger Innenbehörde angebracht. Die Aktion steht im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in der BRD, zu dem die Kampagne „Fight Racism Now!“ am 25.5.2013 zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin aufruft.

Das Bündnis organisierte zuletzt am 6.4.2013 – in Solidarität mit den aktuellen Protesten von Geflüchteten in Deutschland - eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Rassismus und Ausgrenzung“ und begleitet weiterhin kritisch die bundesdeutsche Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Mit der Aktion soll neben dem Gedenken an die Toten des deutschen Asylsystems auch die Mitverantwortung deutscher Behörden und Parteien an der Ermordung von tausenden Menschen in der BRD und vor den Mauern der sogenannten „Festung Europa“ aufgezeigt werden. Dazu Jens Kuhn, Mitorganisator im Bündnis:

„Vor 20 Jahren führte eine rassistische Medien- und Gewaltkampagne zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Neonazis, unbescholtene Bürger und die etablierten Parteien zogen damals an einem Strang. Deutschland, als ein für viele Fluchtursachen mitverantwortliches Land, höhlte das als Konsequenz des Nationalsozialismus im Grundgesetz festgeschriebene Asylrecht aus und wurde zum Vorbild einer europäischen Anti-Asylpolitik, der bisher schon mindestens 16.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Diejenigen, die nicht schon während der Flucht gestorben sind, werden viel zu oft entweder vom grausamen Alltag im deutschen Asylsystem – mit seinen isolierten Sammellagern, der Residenzpflicht oder der ständig drohenden Abschiebung – in den Suizid getrieben, oder sie kommen während oder als Folge ihrer Abschiebung zu Tode. 414 Menschen kamen allein zwischen 1993 und 2013 durch staatliche Maßnahmen ums Leben. Wir wehren uns entschieden gegen diese unmenschliche Realität und schließen uns den Forderungen der Flüchtlingsproteste in Deutschland an: Alle Abschiebungen sofort stoppen! Residenzpflicht abschaffen! Alle Lager sofort schließen!“

Quelle: Pressemitteilung Bündnis „Gegen Rassismus und Ausgrenzung“ ■



Foto: Flüchtlingsrat

Polizei schikaniert die Refugees Liberation Bus Tour: Offene Protestnote an die Landesregierung von Bayern

Wo bleibt die angekündigte Humanität der bayerischen Flüchtlingspolitik?
Wo bleibt der angekündigte offene Umgang und die Bürgerbeteiligung auch mit den Geflüchteten?
Wo bleibt der Kontakt und die Diskussion mit den Betroffenen selbst?

Seit dem 25. April ist die Refugees Liberation Bus Tour in Süddeutschland unterwegs. Hintergrund der Liberation Bus Tour ist die alltägliche Ausgrenzung und der Rassismus gegen geflüchtete und migrierte Personen. Bewusst steuert die Liberation Tour die Zentren der Ausgrenzung – die Sammelunterkünfte – in Baden-Württemberg und Bayern an, in denen hunderte Menschen, oft jahrelang unter diskriminierenden Bedingungen leben müssen.

Menschen werden gezwungen in den Sammellagern in prekären Lebensverhältnissen zu überleben, die Armut ist staatlich verordnet. Neben der Pflicht in einer Sammelunterkunft zu wohnen, werden nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz jedem Bewohner 4,5 qm „Wohnfläche" zugestanden. Besuche werden nach der Wohnheimverordnung reglementiert. Übernachtungen von Personen, die auf Besuch sind, sind verboten. Die Geflüchteten unterliegen im ersten Jahr einem Arbeitsverbot. Danach haben sie erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Finden sie dennoch Arbeit, müssen sie für die 4,5 qm – je nach Höhe des Lohnes – für die Unterbringung bezahlen.

Beträge bis zu 200 Euro sind bekannt. Leben 4 Personen in einem 18 qm Zimmer zahlen sie 800 Euro. Damit sind die Geflüchteten die einzige Gruppe die für ausgegrenzte Verhältnisse noch bezahlen muss. Millionen von Euro flossen so wieder an den Staat zurück. Hausmeister leben ihre Distanzlosigkeit und ihre persönliche Macht aus. Sammellager sind Orte der Kontrolle und Überwachung, sie stigmatisieren die Insassen und sind Ghettos in denen staatlicherseits die Rechtlosigkeit organisiert wird.

Sie sind Orte des Stillstandes, in denen Menschen leben müssen, da sie nicht Teil der bundesdeutschen Gesellschaft sein dürfen.

Sammellager nehmen dem Einzelnen die Würde durch die behördliche Fremdbestimmung. Dieses beeinflusst auch den täglichen Lebensablauf.

Sammellager nehmen den Menschen ihre Subjektivität und brechen ihre politische Identität. Die Meinungen der Geflüchteten zählen nicht.

Sammellager sind Orte des institutionellen Rassismus in denen Menschen unter staatlicher Aufsicht und Wissen krank gemacht werden. Es sind Orte der Perspektivlosigkeit. Es sind Orte in denen Kinderleben zerstört werden.

Sammellager und die gesamte Palette von Sondergesetzen gegen migrierte und geflüchtete Personen sind antidemokratisch und haben mit dem Verständnis von kulturellen, sozialen und politischen Rechten für alle gleich, nichts im Sinn.

Seit nun die Refugees Liberation Bus Tour in Baden-Württemberg unterwegs ist und den Kontakt zu den Bewohner_innen der Sammellager sucht, bekommen die Aktivist_innen die Macht der Exekutive zu spüren.



Die Polizei, in wessen Auftrag sie auch immer handelt, ist allgegenwärtig.

Von Telefonanrufen, über Rangeleien mit der Polizei vor einer Sammelunterkunft (Mannheim) bis hin zu kurzzeitigen Festnahmen von Aktivist_innen (Offenburg) und Verfolgung der Polizei über längere Strecken Richtung Stuttgart, wird die Liberation Tour von den Hütern des institutionellen Rassismus attackiert.

Auf dem Weg von Lindau nach Scheidegg, am 21.2.2013, wurde die Bustour nach dem Verlassen der örtlichen Sammelunterkunft mit einem Polizeiaufgebot von vier Polizeiwagen und zwei Polizeibussen durch die Innenstadt verfolgt. Während des Besuches der Sammelunterkunft hatten diese etwa eine Stunde an der Straßenkreuzung gewartet, um die Verfolgung direkt aufnehmen zu können.

Aber erst nachdem die Aktivist_innen die Stadt verlassen und sich auf den Weg Richtung Scheidegg gemacht hatten, um eine weitere Sammelunterkunft zu besuchen, wurde die Bus Tour außerhalb der Stadt auf der Landstraße angehalten. So waren die Bäume die einzigen Zeugen und es schien beabsichtigt, die Öffentlichkeit auszuschließen. Mit enormem Polizeiaufgebot wurden die Aktivisten_innen aufgefordert, ihre Ausweise und Aufenthaltspapiere zu zeigen. Es stand in keiner Relation, die zwei Aktivisten in derartiger polizeilicher Überzahl zu stoppen und dies mit einer alltäglichen Ausweiskontrolle zu rechtfertigen. Die beiden Aktivisten weigerten sich ihre Ausweise vorzuzeigen, zuerst sollte von diesen Polizisten erklärt werden, was der tatsächliche Hintergrund dieser Aktion war. Doch die Frage nach dem Warum wurde nicht beantwortet. Daher wurden die beiden Aktivisten zur Polizeiinspektion mitgenommen und dort circa zwei Stunden festgehalten. Den beiden Aktivisten wurde gesagt, dass die diensthabenden Polizisten_innen von Kempten und nicht von Lindau waren. Bereits vor dem Aufbruch der Bustour am Morgen, wurde den Aktivisten_innen mitgeteilt, dass in Kempten ein großes Polizeiaufgebot auf sie wartete.

Sammellager sind politisch hoch brisante Einrichtungen, in denen täglich Menschenrechte gebrochen werden. Eine politische Betätigung in den Lagern ist verboten. Dies allein widerspricht dem Grundverständnis der freien Meinungsäußerung, der freien politischen Betätigung, der Koalitions-, Organisations- und Versammlungsfreiheit. Gerade da wo ein Mangel an Rechten besteht, muss den Betroffenen die Mittel und Wege zugestanden werden um diese zu erkämpfen.

Offensichtlich hat man in Bayern Angst davor, dass sich die Geflüchteten gegen die Repression zur Wehr setzen, denen sie staatlicherseits ausgesetzt sind. Sie haben Angst davor, dass sich die Betroffenen selbst organisieren und ihre gerechten Forderungen stellen und dafür aktiv eintreten. Ein Geflüchteter sagte: „Wir fordern von euch nicht mehr als die Rechte, die ihr auch habt!"

Wir fordern von der Landesregierung Bayerns:

- Freien Zugang für Selbstorganisationen der Vertretung der Rechte von Geflüchteten und Migranten zu allen Sammelunterkünften!
- Keine Kriminalisierung unserer politisch gerechtfertigten Anliegen!
- Keine Kriminalisierung von Personen der Refugees Liberation Bus Tour!
- Abschaffung aller Sammellager und der Residenzpflicht!
- Das Asylbewerberleistungsgesetz muss ersatzlos gestrichen werden!

Refugees Liberation Bus Tour
Bhttp://thevoiceforum.org/node/3169 ■

New Videos and Reports on Refugee Libration Bus Tour - Break Isolation Strike in Refugee Lagers camps http://thevoiceforum.org/node/3185

Peter Gingold – in Deutschland und Frankreich unvergessen

Peter Gingold (1916 – 2006) war einer der profiliertesten jüdischen Widerstandskämpfer und Kommunisten in der Bundesrepublik. Seit den 70er Jahren trat er als Redner auf politischen Kundgebungen gegen Naziaufmärsche und als Zeitzeuge in Schulen und bei Jugendgruppen auf.

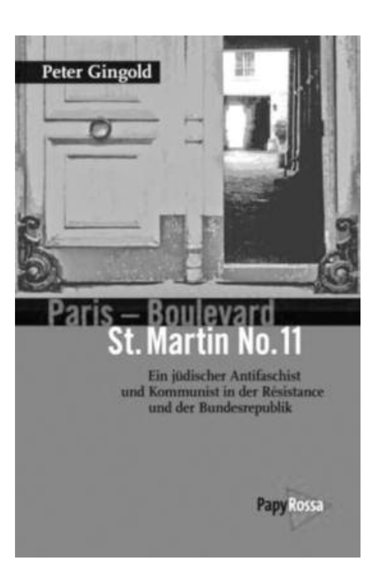
Seine Berichte über den aufkommenden deutschen Faschismus und dessen Machteinsetzung, seine Flucht nach Frankreich, das ihm und seiner ganzen Familie Asyl gewährte, seine Teilnahme am Kampf der Résistance, den Umgang mit der Geschichte in der neuen Bundesrepublik und die politischen Auseinandersetzungen um Berufsverbote, Friedenspolitik und Geschichtsvergessenheit waren insbesondere für junge Menschen von großer Faszination. In Frankreich erhielt Peter Gingold hohe Auszeichnungen für seine Teilnahme als „fremder Patriot“ an der Befreiung des Landes von der faschistischen Okkupation. Im Jahre 2009 sind im PapyRossa Verlag seine Erinnerungen unter dem Titel „Paris – Boulevard St. Martin No. 11“ erschienen. Das Buch liegt mittlerweile in dritter Auflage vor.

In einem Film „Zeit für Zeugen“, der im Mai 2012 zum ersten Mal gezeigt wurde, äußern sich Weggefährten und Freunde über das eindrucksvolle Wirken von Ettie und Peter Gingold.

Der Liedermacher Hannes Wader schrieb für seine neueste CD eine Ballade über die abenteuerliche Flucht von Peter Gingold aus der Gestapo-Haft.

Unter dem Titel: „Jamais résignér! Parcours d’un Résistant du XXe siècle“ erscheint im Juni 2013 nun eine französische Übersetzung von Peter Gingolds Erinnerungen im renommierten Verlag Harmattan. Am 7. Juni 2013 wird dieser Band auf Einladung von Bürgermeister Bertrand Delanoë im Festsaal des Pariser Rathauses vorgestellt. Damit wird erneut die Wertschätzung unterstrichen, die deutsche Antifaschisten in Frankreich genießen.

Dr. Ulrich Schneider
Gemeinsame Presseerklärung von Ettie und Peter Gingold - Erinnerungsinitiative, PapyRossa Verlag und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten



Ausstellung Griechenland 1940 bis heute. Faschistische Besatzung, Bürgerkrieg, Militärdiktatur, Kampf um Entschädigung

Unter diesem Titel führt die Galerie Olga Benario [GOB] in Berlin zwei Ausstellungen zusammen. Die Fotografien von Voula Papaioannou „Bilder der Verzweiflung und Hoffnung – Griechenland 1940 – 1960“ zeigen das Alltagsleben unter der faschistischen Besatzung, während des Bürgerkriegs und danach. Die Ausstellung „Hellas unterm Hakenkreuz“, die durch Unterstützung von Dr. Martin Seckendorf zustande kam, stellt die Verbrechen der Wehrmacht und den Widerstand dar und thematisiert die immer noch ausstehende Entschädigung der griechischen Opfer.

Veranstaltungen 1. Teil:

Do 23.5. 19:30 Uhr
Ausstellungseröffnung. „Terroristische Besatzungspolitik und wirtschaftliche Ausbeutung Griechenlands während der deutschen Besatzung 1941 – 1944“. Vortrag von Dr. Martin Seckendorf

Do 30.5. 19:30 Uhr
„Unternehmen Kalavrita“, eine „Vergeltungsaktion“ der deutschen Wehrmacht in Griechenland. Dokfilm von Eberhard Rondholz und Erhard Klöss, D 1993, 45 Min.

Do 6.6. 19:30 Uhr
„Ein Lied für Argyris“. Dokumentarfilm von Stefan Haupt über Argyris Sfountouris, der das Massaker von Distomo überlebt hat. Schweiz 2006, 105 Min.

Do 13.6. 19:30 Uhr
Aktuelle Entwicklung zur Entschädigungsfrage. Es berichtet ein Mitglied des Nationalrats für die Entschädigungsforderungen Griechenlands an Deutschland (angefragt)

Do 20.6. 19:30 Uhr
„Bürgerkrieg in Griechenland“. Dokumentation von Robert Marthoulis, Frankreich 1997, 60 Min.

Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln forum@galerie-olga-benario.de, Aktuelle Infos im Internet: www.galerie-olga-benario.de/

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: Holger Deilke, U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

In der letzten Ausgabe berichteten wir kurz über die verschiedenen Proteste gegen Naziaufmärsche am 1. Mai. Für Dortmund zitierten wir aus der Stellungnahme von „Dortmund stellt sich quer“. Es gab in Dortmund aber drei Bündnisse, die unterschiedliche Schwerpunkte setzten. Hier einige Internetseiten, auf denen die anderen Stellungnahmen nachzulesen sind:
http://dortmundnazifrei.wordpress.com/2013/05/03/der-1-mai-in-dortmund/
Kritik der Ruhrbarone am Verhalten von Dortmund Nazifrei:
http://www.ruhrbarone.de/buendnis-dortmund-nazifrei-bratwurst-statt-blockaden/

Amerikakritik von Rechts: Gegen die Universalität der Menschenrechte

Die Scherben einer zerbrochenen Coca-Cola-Flasche, überschrieben mit dem Titelthema „Bye-bye, Amerika! Eine Idee hat ausgedient“: Die Titelseite der Maiausgabe von ZUERST! Lässt keinen Zweifel daran, wo der Schwerpunkt des Heftes liegt. Kritik an den USA, ihrem System und ihrer nationalen wie internationalen Politik kommt meist von links, in einem rechtsaußen angesiedelten Magazin wie ZUERST!, werden sie viele Antifaschist(inn)en nicht erwarten. Grund genug, einmal genauer zu beschreiben, wie dort argumentiert wird. In ihrer Titelgeschichte gehen DIRK REINARTZ, ROBERT DIEHL und FALK TIEDEMANN erst einmal von den Tatsachen aus: „...wird Amerika durch einen strikten Staatsminimalismus geprägt“, „...der im Vergleich zu Europa schwach ausgeprägte Sozialstaat“, „...eine starke soziale Spaltung der Gesellschaft...“, „...die amerikanische Tradition der Gewalt …, die sich wie ein blutroter Faden durch die Vorgeschichte und Geschichte der Vereinigten Staaten zieht“ – alles Phänomene, denen niemand widersprechen kann. Interessant wird es, wenn die Autoren die Ursachen dieser Phänomene benennen.

„Wäre der Amerikanismus auch nur ein Konstrukt, so könnte man als dessen zentrale Bausteine den Individualismus und den Materialismus nennen...“ und „Die Sturmgeschütze des US-Hegemonialstrebens sind die Menschenrechte und der Freihandel“ – so lauten die zentralen Erklärungsversuche US-amerikanischer Politik. Und da Menschenrechte als die Rechte aller Menschen universell sind, gilt ihnen in erster Linie der Hass derjenigen, für die die Menschen eben keine gleichen Rechte haben sollen. Das liest sich dann so: „Verschmelzung und Gleichheit blieben Utopie, weil die einzelnen ethnischen Gruppen schlicht und einfach die Assimilierung verweigerten und auf der Bewahrung ihrer Identität bestanden. Unterhalb der dominierenden angelsächsischen Leitkultur ist es im Einwanderungsland USA nie anders gewesen. In den großen Städten bildeten sich Wohnviertel nach Herkunft.... Sobald die US-Politik das verstanden hatte, wurde das Konzept der Assimilierung begraben, das nebeneinander der verschiedenen ethnischen Gruppen akzeptiert, und das Ganze hieß dann ‚multikulturelle Gesellschaft‘. Letztlich ist dies nur ein anderes Wort für das Nebeneinander der ethnischen Gruppen in einem Vielvölkergemisch. Jedoch verschieben sich die ethnischen Gewichte, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die Dominanz der Weißen Geschichte ist“.

Damit ist die rassistische Katze aus dem Sack. Angriffspunkt ist die Idee der Gleichheit der Menschen, weil sie sich (zumindest in der Theorie) gegen die Vorherrschaft einer einzelnen Gruppe richtet. Wenn die „Dominanz der Weißen“ durch die (zumindest formale) Emanzipation der Menschen anderer Hautfarbe in Gefahr ist, bricht nach Darstellung der Autoren das Chaos aus: „Von den 1960er Jahren an begann mit der Emanzipation der Schwarzen und der Aufhebung der Rassentrennung auch eine lange Tradition von ethnischen Auseinandersetzungen. Den bis dahin ‚blutigsten Rassenkrawall der US-Geschichte‘ beschrieb der Spiegel im August 1965 mit Worten, für die der Redakteur heutzutage ins Gefängnis käme: ‚Eine Woche lang mordete, marodierte und brandschatzte der schwarze Mob.‘ Sichtbar gemacht habe der Krawall einen ‚Typus Neger, den bis dahin nur der fanatische Ku-Klux-Klan beschworen hatte: den tierischen, unberechenbaren, bösartigen Schwarzen – den häßlichen Neger‘. Den New Yorker Stadtteil Harlem nannte das Magazin den ‚größten Neger-Kral der Welt‘. 1992 erlebte Los Angeles dann eine verschärfte Neuauflage des Dramas – 53 Tote gegenüber 34 im Jahr 1965“. Wie praktisch, wenn man die Äußerung der eigenen Meinung einem vorgeblich seriösen Zeugen überlassen kann.

Um die Idee der Gleichheit der Menschen, um die universellen Menschenrechte, geht es auch im Sozialismus, der deshalb vom kroatischen Politikwissenschaftler Dr. TOMISLAV SUNIC zusammen mit dem „Amerikanismus“ erledigt wird: „Der Kommunismus herrschte gesellschaftlich vor allem sehr oberflächlich. Kommunistische Ideologen waren immer leicht an ihren Phrasen und an ihren Lügen zu erkennen. Sogar Analphabeten konnten das leicht dechiffrieren. Das westlich-liberalistische System stellt sich da wesentlich klüger an. Man kann es nicht mehr so einfach erkennen, dechiffrieren. Man könnte sagen: Es kommt im Vergleich zum Kommunismus mit wesentlich mehr ‚Sex-Appeal‘ daher. Doch das Ziel ist von dem des Kommunismus nicht weit weg – nämlich die Einebnung aller identitärer kultureller Eigenheiten, die Formung eines Einheitsmenschen. Beim Kommunismus war es die Klasse, beim westlichen Kapitalismus ist es die ‚Masse an Individualismen‘.“

Auf die neugegründete „Alternative für Deutschland“ AfD richten sich die wahlpolitischen Hoffnungen vieler Rechter. ZUERST!-Autor JÜRGEN SAUER ist dagegen äußerst skeptisch: „Frühere NPD-Mitglieder sollen grundsätzlich nicht aufgenommen werden, mit Ex-Republikanern und Mitgliedern anderer Rechtsparteien soll es jeweils ‚gründliche Gespräche‘ geben. ‚Wir werden auch für die Hygiene in dieser Partei sorgen müssen, und es gibt ja den Verdacht, daß der eine oder andere hier Zulauf suchen wird‘, kündigte einer der Kandidaten für das Parteigericht an. Ein kurzer Tumult unterbricht Luckes Rede. Einem Delegierten mit schwarz-rot-goldener Schärpe wird seine Deutschland-Fahne von anderen AfD-Delegierten aus der Hand gerissen. Die Kameras richten sich auf die bizarre Szene. Sogar Bernd Lucke, der gerade seine Grundsatzrede hält, muß für Minuten unterbrechen. Vom Rednerpult herab bittet er, ‚das Fahnenschwenken zu unterlassen‘. Bei dem Delegierten handelt es sich um Viktor Kasper aus Niedersachsen. Im Gespräch mit ZUERST! zeigt sich der AfD-Anhänger der allerersten Stunde überrascht über die Aktion: ‚Die Partei heißt doch Alternative für Deutschland – warum darf man dort dann nicht die deutsche Fahne schwenken?‘ Andere Delegierte des Gründungsparteitages hätten versucht ihm klarzumachen, daß man ‚aus taktischen Gründen‘ besser kein Nationalsymbol zeigen solle. Als sich Kasper uneinsichtig zeigt, folgen den zunächst gutgemeinten Worten Taten. Die Fahne wird ihm aus der Hand gerissen. Die anderen Gäste sehen der Szene tatenlos zu.... Kaspers Geschichte klingt wie eine Nagelprobe für Zivilcourage.“ *tri* ■